

**Unverkäufliche Leseprobe**



**Christof Mauch (Hrsg.)  
Die Präsidenten der USA**

Historische Porträts von George Washington bis Donald Trump

2025. 655 S., mit 47 Abbildungen  
ISBN 978-3-406-81974-2

Weitere Informationen finden Sie hier:  
<https://www.chbeck.de/36900164>

© Verlag C.H.Beck GmbH Co. KG, München  
Diese Leseprobe ist urheberrechtlich geschützt.  
Sie können gerne darauf verlinken.

**C·H·Beck**

**PAPERBACK**

Von George Washington bis Donald Trump bietet dieser Band eine kleine Geschichte der USA im Spiegel ihrer Präsidenten. Die Autorinnen und Autoren schildern in 47 biographischen Porträts Leben und Amtszeit der US-Präsidenten, skizzieren die wichtigsten Entwicklungen, Ereignisse und Entscheidungen und betrachten abschließend Leistungen und Versäumnisse der jeweiligen Präsidentschaft. So ist zugleich ein Panorama der US-amerikanischen Geschichte von der Unabhängigkeit am Ende des 18. Jahrhunderts bis zur gespaltenen Supermacht unserer Tage entstanden.

*Christof Mauch* ist Professor für Amerikanische Kulturgeschichte und Direktor des Rachel Carson Center for Environment and Society der Ludwig-Maximilians-Universität München. Bei C.H.Beck erschien von ihm: *Die 101 wichtigsten Fragen – Amerikanische Geschichte* (2016)

# **DIE PRÄSIDENTEN DER USA**

Historische Porträts  
von George Washington  
bis Donald Trump

Herausgegeben von Christof Mauch

C.H.Beck

Mit 46 Abbildungen  
43 Abbildungen: Süddeutscher Verlag, München  
Abbildung S. 474: Universal Images Group/  
Universal History Archive/Getty Images  
Abbildung S. 500: © The White House, Washington D. C.  
Abbildung S. 524: Foto: picture alliance/Newscom

1. Auflage 1995
2. durchgesehene und aktualisierte Auflage 1997
3. durchgesehene und aktualisierte Auflage 2002
4. fortgeführte und aktualisierte Auflage 2005
5. fortgeführte und aktualisierte Auflage 2009
6. fortgeführte und aktualisierte Auflage 2013

Die ersten beiden Auflagen dieses Buches wurden von Jürgen Heideking herausgegeben und erschienen 1995 und 1997 in gebundener Form im Verlag C.H.Beck, die 3., 4., 5. und 6. Auflage 2002, 2005, 2009 und 2013 als Broschur.

Dieses Werk erschien in der 1. bis 6. Auflage unter dem Titel: «Die amerikanischen Präsidenten».

- 1., fortgeführte und aktualisierte Auflage in C.H.Beck Paperback 2018
- 2., fortgeführte und aktualisierte Auflage in C.H.Beck Paperback 2021

3., fortgeführte und aktualisierte Auflage in  
C.H.Beck Paperback 2025

© Verlag C.H.Beck GmbH & Co. KG, München 1995  
Wilhelmstraße 9, 80801 München, info@beck.de  
Alle urheberrechtlichen Nutzungsrechte bleiben vorbehalten.  
Der Verlag behält sich auch das Recht vor, Vervielfältigungen dieses Werks zum Zwecke des Text and Data Mining vorzunehmen.  
www.chbeck.de

Umschlaggestaltung: geviert.com, Andrea Hollerieth  
Umschlagabbildungen: George Washington, Abraham Lincoln,  
John F. Kennedy, Barack Obama, Donald Trump (v. l. n. r.);  
Washington, Lincoln, Kennedy: © Bridgeman Images, Berlin,  
Obama: Foto: © Ron Sachs-Pool/Getty Images,  
Trump: © Chip Somodevilla/Getty Images  
Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen  
Druck und Bindung: CPI – Ebner & Spiegel, Ulm  
Gedruckt auf säurefreiem und alterungsbeständigem Papier  
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 81974 2



verantwortungsbewusst produziert  
www.chbeck.de/nachhaltig  
produktsicherheit.beck.de

*Dem Andenken an  
Jürgen Heideking gewidmet*



# INHALT

Vorwort <i>von Christof Mauch</i> .....	13
Einleitung: Die Präsidenten der USA in der Geschichte <i>von Christof Mauch und Jürgen Heideking</i> .....	15

## I.

### GRÜNDERVÄTER

George Washington (1789–1797): Schöpfer der amerikanischen Präsidentschaft <i>von Jürgen Heideking</i> .....	60
John Adams (1797–1801): Der Präsident als Garant des gesellschaftlichen Gleichgewichts <i>von Jürgen Heideking</i> .....	76
Thomas Jefferson (1801–1809): Der Aufklärer und Sklavenbesitzer als Parteiführer, Regierungschef und Landesvater <i>von Willi Paul Adams</i> .....	84
James Madison (1809–1817): Der Verfassungsvater als Parteipolitiker, Parlamentarier, Regierungschef und Oberkommandierender <i>von Willi Paul Adams</i> .....	98
James Monroe (1817–1825): Die Selbstfindung der Nation <i>von Hermann Wellenreuther</i> .....	107
John Quincy Adams (1825–1829): Außenpolitiker und Präsident über den Parteien <i>von Hermann Wellenreuther</i> .....	118

## II.

### DIE BEGINNENDE PARTEIENDEMOKRATIE

Andrew Jackson (1829–1837): Präsident des demokratischen Umbruchs <i>von Horst Dippel</i> .....	129
--	-----



Martin Van Buren (1837–1841): Praktiker des Parteienstaates <i>von Horst Dippel</i> . . . . .	142
William H. Harrison (1841): Präsident für einen Monat <i>von Horst Dippel</i> . . . . .	148
John Tyler (1841–1845): Präsident ohne Partei <i>von Horst Dippel</i> . . . . .	151

### III.

#### EXPANSION UND NATIONALE KRISE

James K. Polk (1845–1849): Der Präsident der Manifest Destiny <i>von Jörg Nagler</i> . . . . .	157
Zachary Taylor (1849–1850): Der unpolitische Präsident <i>von Jörg Nagler</i> . . . . .	166
Millard Fillmore (1850–1853): Die Verschärfung der Sklavereidebatte <i>von Jörg Nagler</i> . . . . .	171
Franklin Pierce (1853–1857): Der rückwärtsgewandte Präsident <i>von Christof Mauch</i> . . . . .	176
James Buchanan (1857–1861): Südstaatenfreundlicher Legalist in der Krise der Union <i>von Heike Bungert</i> . . . . .	183

### IV.

#### BÜRGERKRIEG UND WIEDEREINGLIEDERUNG DES SÜDENS

Abraham Lincoln (1861–1865): Bewahrung der Republik und Wiedergeburt der amerikanischen Nation <i>von Jörg Nagler</i> . . . . .	190
Andrew Johnson (1865–1869): Der Streit um die Rekonstruktion <i>von Vera Nünning</i> . . . . .	209
Ulysses S. Grant (1869–1877): Präsident der Skandale <i>von Ulrike Skorsetz</i> . . . . .	220
Rutherford B. Hayes (1877–1881): Das Ende der Rekonstruktion <i>von Ulrike Skorsetz</i> . . . . .	229
James A. Garfield (1881): Der verhinderte Reformier <i>von Ulrike Skorsetz</i> . . . . .	236

## V.

**DAS «VERGOLDETE ZEITALTER»**

Chester A. Arthur (1881–1885): Der Sumpf von Patronage und Korruption <i>von Raimund Lammersdorf</i> . . . . .	240
Grover Cleveland (1885–1889): Die wachsende Bedeutung von Wirtschaft und Finanzen <i>von Raimund Lammersdorf</i> . . . . .	247
Benjamin Harrison (1889–1893): Präsident im Schatten des Kongresses <i>von Raimund Lammersdorf</i> . . . . .	253
Grover Cleveland (1893–1897): Die zweite Amtszeit <i>von Raimund Lammersdorf</i> . . . . .	258

## VI.

**IMPERIALISMUS UND ERSTER WELTKRIEG**

William McKinley (1897–1901): Der Eintritt in die Weltpolitik <i>von Raimund Lammersdorf</i> . . . . .	264
Theodore Roosevelt (1901–1909): Repräsentant des «modernen» Amerika <i>von Ragnhild Fiebig-von Hase</i> . . . . .	274
William H. Taft (1909–1913): Präsident und Oberster Bundesrichter <i>von Ragnhild Fiebig-von Hase</i> . . . . .	291
Woodrow Wilson (1913–1921): Kreuzzug für die Demokratie <i>von Klaus Schwabe</i> . . . . .	299

## VII.

**DAS REPUBLIKANISCHE ZWISCHENSPIEL**

Warren G. Harding (1921–1923): Zurück zur Normalität <i>von Peter Schäfer</i> . . . . .	314
Calvin Coolidge (1923–1929): Der Puritaner im Weißen Haus <i>von Peter Schäfer</i> . . . . .	320
Herbert C. Hoover (1929–1933): Der Administrator in der Krise <i>von Peter Schäfer</i> . . . . .	326

## VIII. DIE LIBERALE ÄRA

Franklin Delano Roosevelt (1933–1945): Visionär und Machtpolitiker <i>von Detlef Junker</i> . . . . .	332
Harry S. Truman (1945–1953): Der unpopuläre Gestalter der Nachkriegswelt <i>von Hermann-Josef Rupieper</i> . . . . .	348
Dwight D. Eisenhower (1953–1961): Kriegsheld und Präsident <i>von Hermann-Josef Rupieper</i> . . . . .	361
John F. Kennedy (1961–1963): Der imperiale Präsident <i>von Jürgen Heideking</i> . . . . .	373
Lyndon B. Johnson (1963–1969): <i>Great Society</i> und Vietnam- Trauma <i>von Marc Frey</i> . . . . .	389

## IX. DIE KONSERVATIVE WENDE

Richard M. Nixon (1969–1974): Die Präsidentschaft in der Krise <i>von Manfred Berg</i> . . . . .	400
Gerald R. Ford (1974–1977): Das Bemühen um Konsens <i>von Manfred Berg</i> . . . . .	413
Jimmy Carter (1977–1981): Der Außenseiter als Präsident <i>von Gebhard Schweigler</i> . . . . .	417
Ronald W. Reagan (1981–1989): Präsident der konservativen Revolution? <i>von Peter Lösche</i> . . . . .	426
George Bush (1989–1993): Die Suche nach der neuen Weltordnung <i>von Peter Lösche</i> . . . . .	440
Bill Clinton (1993–2001): Wende nach innen und Krise der Autorität <i>von Detlef Felken</i> . . . . .	445
George W. Bush (2001–2009): Aufstieg und Fall einer missionarischen Präsidentschaft <i>von Bernd Schäfer</i> . . . . .	458
Barack Obama (2009–2017): Der erste afroamerikanische Präsident: A Dream Come True? <i>von Britta Waldschmidt-Nelson</i> . . . . .	474
Donald J. Trump (2017–2021): Die beispiellose Präsidentschaft <i>von Martin Thunert</i> . . . . .	500

Joseph R. Biden (2021–2025): Der Präsident des Interregnums <i>von Martin Thunert</i> . . . . .	524
Donald J. Trump (2025– ): Zweite Amtszeit: Die Comeback- Präsidentschaft <i>von Martin Thunert</i> . . . . .	546

## ANHANG

Kommentierte Bibliographie . . . . .	563
Präsidentschaftswahlen <i>zusammengestellt von Theresa Hilz</i> . . . . .	635
Parteienstärke im Kongress <i>zusammengestellt von Theresa Hilz</i> . . . . .	641
Die Amtszeiten der Präsidenten der USA <i>zusammengestellt von Theresa Hilz</i> . . . . .	645
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren . . . . .	647
Personenregister . . . . .	649



## VORWORT

Mit Donald Trump kam im Januar 2025 ein Präsident ins Amt, der im Wahlkampf erklärt hatte, er wolle für einen Tag Diktator sein. Trumps Bemerkung, so typisch sie für den 47. US-Präsidenten sein mag, ist zugleich Ausdruck eines über Jahrhunderte hinweg gestärkten Selbstbewusstseins der amerikanischen Präsidenten. Die Geschichte der USA hatte ihren Anfang in der Revolution gegen eine Monarchie genommen. Die wenigsten Amerikaner der ersten Stunde wünschten sich einen Monarchen oder Alleinherrscher als Chef der Exekutive. Aber während George Washington in seiner Abschiedsrede internationale Zurückhaltung predigte und sich danach auf sein Landgut und aus der Politik zurückzog, hat Trump nach der verlorenen Wahl von 2020 alle Hebel in Bewegung gesetzt, um auf das prestigeträchtige Amt und ins Weiße Haus zurückzukehren. Das globale Agieren und Reagieren der USA haben die Machtfülle des Präsidenten beständig befördert; und Trump gefällt sich – deutlich unerschrockener und selbstgefälliger als seine Vorgänger im Amt – in der Rolle als «mächtigster Mann der Welt». Im Laufe der Geschichte, vor allem aber in Zeiten von Kriegen und Krisen, hatten die amerikanischen Präsidenten stets Wege gefunden, ihre Befugnisse auszuweiten, unabhängig davon, ob ihre Ansätze verfassungskonform waren oder nicht. Häufig konnten sie sich dabei der Unterstützung durch den Kongress sicher sein. Zwar wuchsen auch die Kompetenzen und Befugnisse der Legislative, aber nicht in gleichem Maße wie die des Präsidenten. Diese Einsicht zeigt, wie wichtig es ist, sich mit dem Amt des Präsidenten zu beschäftigen und auch mit den Personen (alleamt Männern), die dieses bekleidet haben.

Ein Großteil der Machtfülle kommt dem Präsidenten als Oberbefehlshaber der US-Streitkräfte zu, zumal das Verteidigungsbudget der (noch immer) einzigen Supermacht auf dem Globus heute noch immer so hoch ist wie das der zehn in der Weltrangliste folgenden Nationen zusammen. Der Präsident vereint in seinem Amt die Funktion eines Regierungschefs und eines Staatsoberhauptes. Er bestimmt die Richtung der Politik und repräsentiert zugleich die Nation im In- und Ausland. Wer den Aufstieg der Vereinigten Staaten, ihre historische Strahlkraft als Leuchtturm der Demokratie und die großen Ent-

wicklungslinien der internationalen Politik verstehen will, kommt vor diesem Hintergrund kaum umhin, die Frage nach der Biographie und der politischen Erfahrung amerikanischer Präsidenten ins Zentrum des Interesses zu rücken.

Die in diesem Band versammelten Porträts machen deutlich, welche prägende Rolle Herkunft, Bildung und Charaktereigenschaften für die Karriere der Präsidenten, für ihre politische Haltung und für den Grad der Anerkennung in der öffentlichen Meinung hatten. Die einzelnen Aufsätze beziehen sich dementsprechend nicht nur auf die Person und die Amtshandlungen der jeweiligen Präsidenten, sondern auch auf die generellen sozialen und politischen Entwicklungen im Innern der USA und in den internationalen Zusammenhängen. Wie lässt sich das Amtsverständnis der einzelnen Präsidenten charakterisieren? Welche politischen Interessen verfolgten sie? Wie stellte sich das Verhältnis zum Kongress und zur Judikative dar? Wie groß waren die politischen Handlungsspielräume? Wie haben sie mit der Öffentlichkeit kommuniziert und wie hoch war ihre Anerkennung? Und schließlich: Worin lagen Stärken und Schwächen einer Präsidentschaft und deren Bedeutung für die Nachwelt?

Der Band zeichnet sich dadurch aus, dass sämtliche Autorinnen und Autoren Experten für die jeweilige geschichtliche Epoche sind und die Artikel zwar wissenschaftlich fundiert, aber in einer allgemeinverständlichen Sprache verfasst wurden. Dementsprechend verzichtet der Band auf Fußnoten und stellt stattdessen im Anhang kommentierte Bibliographien zur Verfügung, außerdem Zahlen und Fakten zu den Präsidentschaftswahlen und zu den Mehrheitsverhältnissen im US-Kongress. Die Einleitung geht systematischen und analytischen Fragestellungen nach, während sich die chronologisch geordneten Aufsätze den insgesamt 45 Präsidenten widmen. Donald Trump wird als 47. Präsident gezählt, weil die Präsidenten Cleveland und Trump wegen ihrer beiden nicht zeitlich zusammenhängenden Amtszeiten zweimal gezählt werden.

Die hier vorliegende Sammlung von Aufsätzen geht auf den von Jürgen Heideking (1947–2000) herausgegebenen Band «Die amerikanischen Präsidenten» zurück, der 1995 erschien und den ich in den letzten 25 Jahren gerne betreut und beständig aktualisiert habe.

Mein großer Dank gilt dem Verlag, insbesondere Dr. Detlef Felken, der nicht nur den Beitrag zu Bill Clinton verfasst hat, sondern dem Projekt insgesamt stets Interesse entgegengebracht hat.

Danken möchte ich darüber hinaus meinem Heidelberger Kollegen PD Dr. Martin Thunert, der es übernommen hat, die Präsidenten Joe Biden und Donald Trump zu porträtieren, sowie meiner Münchner Kollegin Theresa Hilz, die den tabellarischen Anhang durchgesehen und ergänzt hat.

*München, im Januar 2025*

*Christof Mauch*

Christof Mauch und Jürgen Heideking

## **EINLEITUNG: DIE PRÄSIDENTEN DER USA IN DER GESCHICHTE**

Heute sind die Fragen nach der Macht des Präsidenten und insbesondere nach seiner Stellung (als Chef der Exekutive) gegenüber der Legislative und der Judikative aktueller denn je. Die Erwartungen der Öffentlichkeit an den Präsidenten sind immens. Dies spiegelt sich nicht zuletzt in den gigantischen Spenden, die in die Wahlkampagnen der Präsidentschaftskandidaten fließen – bei den Wahlen 2020 waren es nahezu 19 Milliarden Dollar. Dabei ist unklar, wie stark der Präsident Politik und Wirtschaft in einer globalisierten Welt überhaupt beeinflussen kann. Im Vergleich mit Präsidenten wie Wladimir Putin in Russland oder Xi Jinping in China nimmt sich der amerikanische Präsident wie ein schwacher Regierungschef aus; aber auch die britischen PremierministerInnen haben mehr Möglichkeiten, das Parlament zu beeinflussen, als ihre amerikanischen Amtskollegen. Ist die immer wieder behauptete Macht des amerikanischen Präsidenten eine bloße Illusion? Die Politik und die Geschichtsschreibung haben diese Frage immer wieder neu, und häufig kontrovers, beantwortet. Manche Zeitgenossen hielten den jeweiligen Präsidenten für zu schwach, andere fürchteten, dass er zu eigenständig handelte.

Das Misstrauen gegenüber der Exekutive ist in den USA historisch angelegt. Die amerikanische Revolution entsprang schließlich der Kritik am britischen König. George Washington wurde beargwöhnt, weil Zeitgenossen befürchteten, er agiere aristokratisch und pflege den dazugehörigen Geschmack. Und Martin van Buren sah sich, als er den Garten des Weißen Hauses umgestaltete, dem Vorwurf ausgesetzt, er imitiere den Stil europäischer Monarchen und wolle sich am Ende in seine Orangerie zurückziehen.

Seit über 200 Jahren haben die amerikanischen Präsidenten immer wieder beklagt, wie gering ihre Handlungsmacht sei. John Adams, der erste Vizepräsident und der zweite Präsident der USA, lamentierte, der Präsident habe «nicht genug Einfluss» und sei «nicht unabhängig genug». James Garfield rief zu Anfang seiner kurzen Amtszeit aus: «Mein Gott, wie kann nur irgendjemand dieses Amt anstreben?», Herbert Hoover nannte den Job des Präsidenten gar ein «Höllengemisch», und Bill Clinton bezeichnete das Präsidentenamt als «Kronjuwel des Strafvollzugs». Spätestens mit Franklin Delano



Roosevelt, der, zunächst ohne die Zustimmung des Kongresses, den Kampf gegen Hitler-Deutschland unterstützte, weitete sich die Macht des Präsidenten sichtlich aus. Nach der unrühmlichen Amtszeit von Richard M. Nixon, der den Ausbau seines Beraterstabs vorantrieb und am Ende den Swimming Pool des Weißen Hauses in ein Pressezentrum verwandelte, kam in der Öffentlichkeit lautstarke Kritik an der Machtexpansion des Präsidenten auf. Im Jahr 1973 veröffentlichte der New Yorker Historiker und ehemalige Kennedy-Berater Arthur Schlesinger Jr. ein Buch mit dem Titel *Die imperiale Präsidentschaft*, eine Wortschöpfung, die bewusst Assoziationen zum klassischen Imperium Romanum unter Augustus und seinen Nachfolgern weckte. Schlesinger behauptete, dass der Missbrauch von Macht, der im Vietnamkrieg (einem Krieg, den der Kongress nie erklärte) und in der *Watergate*-Affäre gipfelte, keine historische Verirrung sei. Vielmehr hätten sich die Machtbefugnisse des Präsidenten seit den allerersten Anfängen im Jahr 1789 permanent ausgeweitet. Als Richard M. Nixon, dem ein Amtsenthebungsverfahren drohte, zurücktrat, wurden die Präsidenten nachdrücklich daran erinnert, dass sie nur auf Zeit gewählt sind und in einem konstitutionellen System der *checks and balances*, der Gewaltenteilung und Gewaltenverschränkung, operieren müssen. Damit schien die Macht der Exekutive zunächst wieder zurückgedrängt. Aber spätestens mit dem von George W. Bush erklärten «Krieg gegen den Terror» zeigte sich, dass die Ausweitung der präsidentiellen Macht ihren Zenit in außenpolitischen Belangen noch lange nicht erreicht hatte. Im Namen der nationalen Sicherheit ließ der Präsident die Überwachungsmöglichkeiten der Polizeiorgane und die Kompetenzen der Geheimdienste ausweiten und geheimdienstliche Lauschangriffe (auch gegen befreundete Nationen) durchführen. Sein Amtsnachfolger Barack Obama versprach zwar «Veränderung» und «Transparenz», aber dessen systematische Ausweitung des Drohnenkriegs und die Fortführung zahlreicher Überwachungsmaßnahmen zeigte, dass sich die Dynamik in der Ausweitung präsidentieller Macht, die mit dem amerikanischen Eintritt in den Zweiten Weltkrieg 1941 begonnen hatte, nicht ohne weiteres zurückschrauben oder nachhaltig verlangsamen ließ. Da Obamas Handlungsspielräume durch eine nie zuvor dagewesene Obstruktion der oppositionellen Republikaner im US-Kongress gelähmt war, sah sich der 44. Präsident darüber hinaus veranlasst, «innovative», juristisch umstrittene Wege zur Durchsetzung seiner Politik zu erproben. Beim Übergang von der Präsidentschaft Barack Obamas zu dessen Amtsnachfolger Donald Trump zeigte sich dann, dass ein Regieren per Dekret keinen nachhaltigen Erfolg verspricht. Der neue Präsident drehte schon bald nach Amtsantritt zahlreiche Maßnahmen und politische Neuorientierungen, insbesondere bei innenpolitischen

Themen, wieder zurück. Die drastischen Politikwechsel, die das Resultat einer ansteigenden parteipolitischen Polarisierung sind, erwecken den Eindruck, dass die USA zunehmend unregierbar werden. Selbst die Corona-Pandemie, die 2019 einsetzte, mündete nicht in eine Politik der nationalen Einheit, sie verstärkte vielmehr die Auseinandersetzung zwischen den Lagern. Ohne Zweifel hatten die häufigen Falschbehauptungen und die aggressive Rhetorik von Präsident Trump, mit denen er seine Anhänger anstachelte, hohen Anteil an diesen Entwicklungen. Die Erfolge dieser Taktik drängten Trumps Parteianhänger im Kongress häufig in eine reaktive Rolle.

Die amerikanische Politik lässt sich über weite Strecken nur vor dem Hintergrund eines komplizierten Aushandelns von Kompromissen zwischen den Parteien und den politischen Gewalten verstehen. Trotzdem kann kein Zweifel daran bestehen, dass amerikanische Präsidenten den Gang der Geschichte oft mit einer einzigen Unterschrift fundamental verändert haben. Ein Beispiel ist der «Louisiana Purchase» im Jahr 1803 durch Thomas Jefferson. Obwohl der Präsident anfangs Skrupel hatte, weil er an der verfassungsmäßigen Befugnis zum Erwerb des riesigen Territoriums zweifelte, übernahm er die Verantwortung für den Kauf und verdoppelte damit die Größe der USA. Der Bau des Panamakanals (Theodore Roosevelt), die Emanzipationserklärung (Abraham Lincoln), die großen Sozialprogramme des *New Deal* (Franklin D. Roosevelt) und der *Great Society* (Lyndon B. Johnson), der Abwurf der Atombombe (Harry S. Truman) und die Ankündigung der Mondmission (John F. Kennedy), in gewisser Weise auch die Gesundheitsreform, die unter dem Namen *Obama-care* in die Geschichte einging, sowie viele andere Projekte, wie zuletzt die Kampagne «Make America Great Again» von Donald Trump, lassen sich nur durch die Initiative einzelner «unorthodoxer Präsidenten» erklären, d. h. jener Präsidenten, die – nach der Definition des Juristen Thomas K. Finletter – mehr tun, als nur auf Gesetzesinitiativen des Kongresses zu reagieren. Fest steht, dass nicht allein der Charakter, die Führungsstärke oder die Popularität die Macht eines Präsidenten bestimmen, sondern die spezifische geschichtliche Situation und die Ereignisse während der jeweiligen Amtsperiode. Manche Kritiker sprechen heute davon, dass sich die Präsidentschaft im 21. Jahrhundert in einer grundlegenden Krise befinde. Ob dies der Fall ist, lässt sich nicht absehen, da die Befugnisse des Präsidenten im Laufe der Geschichte einem permanenten Wandel unterliegen. Vor diesem Hintergrund werden im Folgenden Strukturen und Entwicklungen in historischer Perspektive skizziert und kritisch hinterfragt: Konkret geht es nacheinander um die Entstehung des Präsidentenamts, die Kompetenzen und Handlungsspielräume des Präsidenten, die Entwicklung der Präsidentschaft von George Washington bis

Donald Trump und die Frage nach der «Größe» und Popularität der Präsidenten der USA.

## **Die Erfindung der Präsidentschaft und die Befugnisse des Präsidenten**

Der Philadelphia-Konvent von 1787

Als sich die Delegierten der Gründungsstaaten im Jahr 1787 in Philadelphia zu einem Konvent trafen, um darüber zu befinden, wie die «nationale Exekutive» aussehen sollte, trat – den Aufzeichnungen von James Madison zufolge – zunächst ein längeres Schweigen ein. Die Debatte über die Exekutive war kompliziert, weil sehr unterschiedliche Positionen einander gegenüberstanden. Während der Revolution hatte das Ideal einer möglichst ungehinderten Herrschaft der Mehrheit der Bürger Konjunktur, aber in Philadelphia schlug das Pendel in eine andere Richtung und viele Delegierte sahen im politisch konservativen, aber ökonomisch fortschrittlichen England – eher als in der demokratischen Schweiz und den Niederlanden – ein akzeptables Vorbild. Man einigte sich bald auf die von Montesquieu etablierten Prinzipien der Gewaltenteilung zwischen *King*, *Lords* und *Commons*. Die Frage war nur, wer an die Stelle des Königs und der *Lords*, des in der «neuen Welt» nicht existierenden erblichen Adels, treten sollte. Anstelle der *Lords*, also des englischen Oberhauses, sollte der Senat, als Vertretung der Einzelstaaten, eingerichtet werden. Ein Ersatz für den König, der sich gegen diese starke Zweikammer-Legislative behaupten sollte, war nicht ganz so leicht zu finden, zumal die ausführende Gewalt im Bewusstsein der Zeitgenossen immer noch mit der erblichen Monarchie identifiziert wurde. Der Konvent erwog eine ganze Reihe von Modellen, die sich zwischen den Extremen eines auf Lebenszeit gewählten Präsidenten (ein Vorschlag Hamiltons, der aber angesichts der öffentlichen Meinung keine Realisierungschance hatte) und einem kollegialen Führungsgremium bewegten, das am ehesten den republikanischen Prinzipien entsprochen hätte.

Zwar warnte Edmund Randolph, ein Delegierter aus Virginia, vor einer aus einer einzigen Person bestehenden Exekutive – er sah darin den «Fötus der Monarchie» –, doch setzte sich die Option der *Single Executive* im Verlauf der Beratungen durch. Nach Meinung der Mehrheit war so am besten gewährleistet, dass die Exekutive über einen einheitlichen Willen und über genügend Energie und Effektivität verfügen würde, um das Wohl der Nation zu verfol-

gen. Unterschwellig spielte dabei sicher eine Rolle, dass viele Delegierte mit George Washington, dem Sieger des Unabhängigkeitskrieges und Vorsitzenden des Verfassungskonvents, bereits den Wunschkandidaten für das neue Amt im Auge hatten. Wenig Differenzen gab es über die Voraussetzungen, die ein Kandidat zu erfüllen hatte: Man einigte sich darauf, dass er mindestens 35 Jahre alt sein musste (für die damaligen Verhältnisse ein relativ hohes Alter), und dass nur ein in den USA geborener Staatsbürger in Frage kam. Das klingt restriktiv, aber es wird in die richtige Perspektive gerückt, wenn man bedenkt, dass Forderungen nach Besitz- und Einkommensqualifikationen, wie sie in den Einzelstaaten zu dieser Zeit noch üblich waren, abgelehnt und solche nach religiösen Qualifikationen gar nicht erst erhoben wurden. Für seine Dienste stand dem Präsidenten eine finanzielle Kompensation zu, wobei die Delegierten aber wie selbstverständlich davon ausgingen, dass der vom Kongress festzusetzende Betrag auch das Gehalt eines Privatsekretärs und Kosten für eventuelle weitere persönliche Mitarbeiter abdeckte.

Zäh wurden die Verhandlungen, als es um die konkreten Befugnisse ging, die die Verfassung dem Staatsoberhaupt einräumen sollte, sowie um die Amtszeit und das Wahlverfahren. Die Meinungen von radikalen Republikanern, die kurze Amtsperioden als Schutz gegen ein «Abgleiten» in Monarchie und Tyrannei befürworteten, prallten auf diejenigen der Konservativen, die Stetigkeit und Führungskraft als höchste Ziele anstrebten. Die Debatte über die Amtszeit spitzte sich allmählich auf zwei konkurrierende Vorschläge zu: Sieben Jahre ohne Wiederwahl oder vier Jahre mit der Möglichkeit, sich danach wieder zur Wahl zu stellen. Den Ausschlag für das zweite Modell gab schließlich die Überlegung, dass der vierjährige Turnus einerseits eine relativ gute Sicherheit gegen Machtmissbrauch bot, und andererseits das Verbot einer Wiederwahl die Energie des Amtsinhabers eher lähmen und die Optionen der Bürger zu sehr einschränken würde. Das war ein für den Philadelphia-Konvent typischer Kompromiss, der dem republikanischen Verlangen nach kurzen Amtszeiten gerade noch nachgab, ohne den Bewunderern der englischen Monarchie die Hoffnung zu nehmen, dass ein geeigneter Kandidat praktisch auf Lebenszeit regieren konnte.

Als zuständiges Wahlgremium war lange Zeit der Kongress vorgesehen gewesen. Der Gedanke der direkten Volkswahl wurde als zu radikal, vor allem aber als nachteilig für die kleinen Staaten und die Sklavenstaaten (in denen ja nur verhältnismäßig wenige weiße Wähler lebten) verworfen. Die sehr spät – erst nach vier Monaten – getroffene Entscheidung für ein indirektes Wahlverfahren stellte also in erster Linie ein Zugeständnis an die kleinen Staaten und das föderative Prinzip dar. Im Wahlmännerkollegium, dessen Mitglieder zu-

nächst vorwiegend von den Staatenparlamenten, nicht von den Bürgern selbst gewählt wurden, verfügte jeder Staat über die gleiche Anzahl an Stimmen wie im Kongress. Das Gewicht der kleinen Staaten wurde durch die Bestimmung erhöht, dass die Elektoren je zwei Stimmen hatten, von denen sie eine für einen Kandidaten abgeben mussten, der nicht aus ihrem eigenen Staat stammte. In dieselbe Richtung wirkte die Vorschrift, dass die Voten im jeweiligen Heimatstaat abzugeben waren und nicht in der nationalen Hauptstadt, wo sich korrupte Einflüsse stärker hätten bemerkbar machen können. Zum Präsidenten sollte gewählt werden, wer die absolute Mehrheit der Wahlmännerstimmen auf sich zog, das Amt des Vizepräsidenten sollte an denjenigen fallen, der die zweithöchste Stimmenzahl erreichte. Da sich schon früh ein Zweiparteiensystem herausbildete, wurde bereits 1804 eine Verfassungsänderung notwendig: Dem Präsidenten wollte man nicht zumuten, dass der Hauptkonkurrent von der gegnerischen Partei an seiner Seite als Vizepräsident amtierte. Von da an gab jeder Elektor seine Stimmen separat für den Präsidenten und für den Vizepräsidenten ab. Zu Letzterem sagt die Verfassung nur, dass er das Amt des Präsidenten übernimmt, falls dieser durch Tod, Amtsenthebung, Rücktritt oder sonstige Unfähigkeit, seine Pflichten zu erfüllen, ausfällt, und dass er den Vorsitz des Senats innehat, wo er im Falle von Stimmengleichheit den Ausschlag geben kann. Da Präsident und Vizepräsident indirekt – weder vom Volk noch vom Kongress – gewählt wurden, hatten die Verfechter einer starken Exekutive einen wichtigen Teilerfolg errungen.

Bei den noch ausstehenden Aufgaben des Konvents, den Präsidenten mit Kompetenzen auszustatten und sein Verhältnis zu den anderen Regierungsgewalten zu klären, blieben die Delegierten ausgesprochen vage. Sektion 1 von Artikel II stellte schlicht fest, dass die exekutive Gewalt von einem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika ausgeübt wird, und Sektion 2 fügte hinzu, der Präsident müsse Sorge tragen, dass die Gesetze getreulich (*faithfully*) ausgeführt werden. Damit waren die Kompetenzen des Präsidenten wesentlich unschärfer definiert als die der Legislative. Diese Offenheit und Flexibilität erwiesen sich später in vieler Hinsicht als vorteilhaft, weil sie eine pragmatische Anpassung an veränderte Umstände ermöglichten. Andererseits bildete dies eine Quelle von Konflikten, weil die Formulierung ein breites Spektrum von Interpretationen der präsidentiellen Machtkompetenzen zuließ.

## Kompetenzen und Handlungsspielräume

In der Summe ihrer Bestimmungen machte die Verfassung den Präsidenten zum Regierungschef, zum Staatsoberhaupt und zum Oberbefehlshaber der Streitkräfte. Diese Machtfülle, die sogar den damaligen englischen Monarchen in den Schatten stellte, wurde allerdings dadurch eingegrenzt, dass der Präsident eine ganze Reihe von Befugnissen mit dem Kongress teilen muss und dass er selbst wie jeder andere Bürger unter der Verfassung und den Gesetzen der Vereinigten Staaten steht. Als Regierungschef trägt er die Verantwortung für die Erledigung sämtlicher exekutiver und administrativer Aufgaben, wobei er den Ministern, die an der Spitze der *Departments* stehen, eindeutig übergeordnet ist. Andererseits benötigt er zur Ernennung der Minister – wie auch der Richter und der anderen hohen Regierungsbeamten – die Zustimmung des Senats. Ursprünglich war wohl daran gedacht, dass der Senat als eine Art permanentes Beratergremium des Präsidenten fungieren sollte und die Minister lediglich ausführende Organe sein würden. Schon unter Washington beschränkten sich die Senatoren aber auf eine nachträgliche Billigung oder Ablehnung präsidentieller Entscheidungen, während sich das Kabinett zum kollektiven Beraterstab des Präsidenten entwickelte. Die Verfassung lässt hier viel Spielraum. Zu den wichtigen Funktionen des Regierungschefs gehört auch die Berichterstattung an den Kongress über die «Lage der Nation». In ihren Ursprüngen war diese der Thronrede britischer Monarchen nachgebildet. Alljährlich – außer im Jahr der jeweiligen Vereidigung – hält der Präsident im Rahmen einer gemeinsamen Sitzung von Senat und Repräsentantenhaus eine Ansprache, in der er eigene Gesetzesvorschläge präsentiert. Als Staatsoberhaupt ernennt der Präsident die Botschafter der Vereinigten Staaten und empfängt die diplomatischen Vertreter auswärtiger Mächte. Aus diesen nicht übermäßig bedeutsam anmutenden Bestimmungen leitete sich bald, in Verbindung mit der Befugnis, völkerrechtliche Verträge abzuschließen (*treaty power*), eine weitreichende Zuständigkeit für die Gestaltung der gesamten Außenpolitik ab. Hier ist der Präsident allerdings auf die Mitwirkung des Senats angewiesen, dessen Zweidrittelmehrheit er für die Ratifizierung von Verträgen benötigt. Die Fähigkeit, im Namen der amerikanischen Nation zu anderen Nationen zu sprechen, von der Washington erstmals mit seiner Neutralitätserklärung 1793 Gebrauch machte, hat aber ganz wesentlich zur Bedeutung und zum Prestige des Präsidentenamtes beigetragen. Eine weitere Bestimmung, die sich den Aufgaben eines Staatsoberhauptes zuordnen lässt, ist das Begnadigungsrecht (*pardon power*), das dem Präsidenten – wie in der monarchischen Tradition – uneingeschränkt zur Verfügung

steht. Oft haben Präsidenten Häftlinge mit unverhältnismäßig hohen Gefängnisstrafen, Todesstrafekandidatinnen und -kandidaten, Spione und Soldaten begnadigt. Aber auch machtpolitische und persönliche Motive spielten eine Rolle. US-Präsident Ford begnadigte Richard Nixon, gegen den Willen der Öffentlichkeit, und noch bevor gegen diesen überhaupt Anklage erhoben worden war. Bill Clinton ließ eine alte Haftstrafe seines Bruders wegen Drogenmissbrauchs aus dem Strafregister löschen. George H. Bush ließ mehrere in die *Iran-Contra*-Affäre verwickelte Mitarbeiter seines Amtsvorgängers Reagan begnadigen, und George W. Bush bewahrte einen seiner ehemaligen Mitarbeiter (Scooter Libby), der einen Meineid geleistet hatte, vor einer Gefängnisstrafe. Das Recht auf Begnadigung erlaubt es dem Präsidenten im negativen Sinne, Übeltäter vor der Strafverfolgung zu schützen. Eine Sicherheit gegen Korruption gibt es nicht. In der Ära Nixon und in der Amtszeit von Donald Trump wurde die Frage, ob der Präsident sich selbst begnadigen könne, öffentlich diskutiert; denn in der Verfassung ist dies nicht geregelt, so dass gegebenenfalls der Oberste Gerichtshof mit dieser Frage zu betrauen wäre.

Die zivilen Befugnisse des Präsidenten ergänzte der Philadelphia-Konvent durch die militärischen Kompetenzen eines Oberbefehlshabers von Heer und Flotte sowie der Staatenmilizen. Präsidentiellen Alleingängen und militärischen Abenteuern glaubten die Delegierten vorbauen zu können, indem sie die Entscheidungen über Krieg und Frieden, die Aufstellung von Heer und Flotte und die Mobilisierung der Milizen dem Kongress überließen. Dem Buchstaben der Verfassung nach sollte das Parlament also den Krieg erklären und finanzieren, der Präsident ihn «lediglich» führen (dass mit George Washington ein General der erste Staats- und Regierungschef wurde, dürfte bei diesem Konzept eine Rolle gespielt haben). Offen blieb dabei allerdings die Frage der Zuständigkeit in militärischen Auseinandersetzungen, die sich unterhalb der Schwelle des erklärten Krieges abspielten. Die Präzedenzfälle begannen in den 1790er Jahren, als George Washington aus eigener Initiative Feldzüge gegen Stämme von *Native Americans* an der Siedlungsgrenze organisierte. Im Laufe der weiteren Geschichte erwiesen sich die nur grob definierten *war powers* des Präsidenten häufig als Kritikpunkt für die Machterweiterung der Exekutive. Hinzu kam, dass die Verfassungsväter in Anlehnung an den Philosophen John Locke, der dem Monarchen eine weite «Ermessens- und Restkompetenz» zugesprochen hatte, auch dem Präsidenten implizit die Ermächtigung gaben, im Falle eines nationalen Notstands außerhalb des geltenden Rechts zu handeln. Das galt ziemlich unbestritten für die Abwehr eines plötzlichen Angriffs von außen und für innere Unruhen, die den Bestand

der Union gefährdeten. Thomas Jefferson berief sich etwa beim Erwerb von Louisiana auf «die Gesetze der Notwendigkeit und der Selbsterhaltung» sowie auf seine Pflicht, tätig zu werden, «wenn die Sicherheit der Nation oder einige ihrer höchsten Interessen» auf dem Spiel stehen. Erst im Nachhinein rechtfertigte er seine Amtshandlungen vor dem Kongress und der Bevölkerung. Die Existenz einer derart weitreichenden Prerogative des Präsidenten (*prerogative power*) lasen Juristen und Politiker vor allem aus der Eidesverpflichtung des Präsidenten heraus, sein Amt «getreulich auszuüben und die Verfassung der Vereinigten Staaten nach besten Kräften zu erhalten, zu schützen und zu verteidigen» (Sektion 2, Artikel I). Gelegentlich wird auch auf die Werte der Unabhängigkeitserklärung («Leben, Freiheit und das Streben nach Glück») verwiesen, die Vorrang vor dem Buchstaben der Verfassung und der Gesetze hätten. Auch wenn diese Argumente nie völlig widerspruchsfrei hingenommen wurden, so zeigt die Geschichte doch, dass es eine konstitutionelle «Grauzone» gibt, in die hinein die Autorität der Präsidentschaft expandieren kann.

Der Verfassungskonvent legte nicht nur die Zuständigkeiten der Exekutive fest, sondern er regelte auch das Verhältnis des Präsidenten zur Legislative und Judikative. Dabei kam ein komplexes System der Gewaltenverschränkung und wechselseitigen Kontrolle zum Tragen, das weder den Erwartungen der radikalen noch denjenigen der traditionalistischen Republikaner entsprach. Erstere hätten sich eine «wirkliche» Volksvertretung gewünscht, Letztere eine möglichst strikte Gewaltenteilung. Das Prinzip der Gewaltenverschränkung wird schon beim Blick auf die Judikative deutlich: Der Konvent etablierte das Oberste Gericht (Supreme Court) zwar erstmals als eigenständigen dritten Regierungszweig, ermächtigte aber den Präsidenten, die Bundesrichter mit Zustimmung des Senats auf Lebenszeit zu ernennen. Kommt es zu einem Amtsenthebungsverfahren (*Impeachment*) gegen den Präsidenten, dann führt der Oberste Richter den Vorsitz. An einem solchen *Impeachment* sind auch die beiden Kammern des Kongresses beteiligt: Das Repräsentantenhaus hat das alleinige Recht, die Anklage zu erheben, und der Senat kann den Präsidenten mit Zweidrittelmehrheit verurteilen. Das Verhältnis zwischen Präsident und Supreme Court erwies sich lange Zeit als unproblematisch. Seit den 1930er Jahren, als der Supreme Court das *New Deal*-Programm Präsident Franklin D. Roosevelts aus den Angeln zu heben versuchte, hat die Zahl der Konflikte allerdings zugenommen. Die Hauptkonfliktlinie verlief jedoch von Anfang an zwischen Exekutive und Legislative, was auf Grund der vielen konstitutionellen Verflechtungen und des Prinzips der *checks and balances* nicht verwundern kann. Vieles spricht dafür, dass die Verfassungsväter nicht die



Präsidentschaft, sondern den Kongress als die zentrale Institution betrachteten und dass sie den Präsidenten vor allem stärkten, um die befürchtete «Tyrannei der Mehrheit» zu verhindern. Der Kongress allein besaß ja die *power of the purse*, das Steuer- und Haushaltsrecht, das Regieren auf nationaler Ebene überhaupt erst ermöglichte. Zur Zeit des Philadelphia-Konvents herrschte zudem noch die Überzeugung vor, die gesamte Gesetzgebung sei Sache des Kongresses, und der Präsident müsse die verabschiedeten Gesetze nur ausführen – was seiner Tätigkeit natürlich enge Grenzen gesetzt hätte. Vor diesem Hintergrund ist das Vetorecht des Präsidenten zu sehen, das an die einst beträchtlichen, im 18. Jahrhundert aber kaum noch ausgeübten legislativen Befugnisse des englischen Königs erinnert. Radikale Vorschläge, die ein absolutes Veto des Präsidenten gegenüber dem Kongress (Alexander Hamilton) oder gegen Gesetze von Einzelstaaten (James Madison) forderten, konnten sich schlussendlich in Philadelphia nicht durchsetzen. Übrig blieb ein «qualifiziertes» Veto, mit dem der Präsident Gesetze, Verordnungen und Resolutionen des Kongresses aufhalten konnte, sofern ihn Repräsentantenhaus und Senat nicht mit Zweidrittelmehrheit überstimmten. Man scheute sich sogar, das Verb *veto* mit seinem monarchischen Beiklang überhaupt zu nutzen und bevorzugte stattdessen den Ausdruck «missbilligen» (*disapprove*). Die Bestimmung, dass der Präsident die Gründe seiner Missbilligung schriftlich darzulegen hat, kennzeichnet die an das Veto geknüpften positiven Erwartungen: Es ging weniger um die Blockade von Gesetzesvorhaben an sich, sondern, wie Madison erklärte, um die Verhinderung von «überhastet formulierten, ungerichten und verfassungswidrigen» Gesetzen. Auf diese Weise war der Präsident also aktiv und in konstruktiver Weise am Gesetzgebungsprozess beteiligt. In der Praxis machten die Präsidenten sehr unterschiedlich von ihrem Vetorecht Gebrauch: Washington verwendete es sparsam, John Adams und Thomas Jefferson benützten es gar nicht (Letzterer aus demokratischem «Respekt vor der Weisheit der Legislative»), Andrew Jackson dagegen stützte sich in seinem Kampf gegen die Bank der Vereinigten Staaten sehr häufig darauf. Seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert ist das Veto geradezu zu einem Barometer für das Verhältnis zwischen Kongress und Präsident geworden, wobei die negative Komponente der *power to block* immer stärker in den Vordergrund getreten ist. Kein Präsident hat häufiger als Franklin Delano Roosevelt ein Veto eingelegt, nämlich insgesamt 635 Mal; das häufige Eingreifen Roosevelts hatte zum einen damit zu tun, dass er länger an der Spitze der USA stand als alle anderen Präsidenten, vor allem aber versuchte er angesichts der Großen Depression und des Zweiten Weltkriegs grundlegende Reformen durchzuboxen. Barack Obama, dessen Amtsperiode in eine Zeit heftiger Opposi-

tion von Seiten der Republikaner fiel, legte sein Veto, wie sein Vorgänger im Amt, zwölf Mal ein, unter anderem um härtere Bestimmungen im Umweltbereich durchzusetzen und um das einseitige Ausgabenlimit für Militärausgaben zu verhindern. Dass Grover Cleveland, der im ausgehenden 19. Jahrhundert zwei Mal zum Präsidenten gewählt wurde, 584 Mal ein Veto einlegte, während die Präsidenten seit John F. Kennedy niemals mehr als 50 Mal Einspruch gegen Kongressgesetze erhoben, spiegelt eine generelle Entwicklung. In neuerer Zeit hat der Präsident andere Wege gefunden, die Gesetzgebung zu beeinflussen: Heute liegt die Gesetzesinitiative weitgehend bei der Exekutive, und der Kongress reagiert auf die Vorschläge des Präsidenten – offensichtlich eine Umkehrung der vom Verfassungskonvent installierten Rollenverteilung.

### Kontroversen – Federalists gegen Antifederalists

Als der Verfassungsentwurf im September 1787 in Philadelphia ratifiziert und einer noch recht skeptischen Bevölkerung nahegebracht werden sollte, zeichneten sich rasch Spannungen zwischen den Befürwortern des Entwurfs, den Federalists, und deren Gegnern, den Antifederalists ab, so dass sich die Debatte bis in den Spätsommer 1788 hinzog. Den Verfassungsgegnern waren vor allem die Beseitigung der einzelstaatlichen Souveränität und die Stärkung der Bundesregierung ein Dorn im Auge. Sie befürchteten, die USA könnten sich in Richtung eines zentralisierten Einheitsstaates, eines *American Empire*, bewegen, das von einer ehrgeizigen und machthungrigen nationalen Elite beherrscht werden würde. Die Präsidentschaft nahmen sie als Instrument dieser Elite wahr, deren letztes Ziel die Einführung der Monarchie nach englischem Vorbild sei. Im Einzelnen erhoben die Antifederalists Einspruch gegen die Möglichkeit der unbegrenzten Wiederwahl, gegen die enge Verknüpfung der Befugnisse von Präsident und Senat, gegen die Ernennung der Bundesrichter durch den Präsidenten und schließlich auch gegen die im Philadelphia-Plan vorgesehene neue Hauptstadt, wo ihren Prophezeiungen zufolge der Präsident vom Volk isoliert «Hof halten», das Parlament korrumpieren und Steuergelder verschwenden würde. Vielen Diskussionsbeiträgen war aber zu entnehmen, dass die Aussicht auf George Washington als ersten Präsidenten zumindest die gemäßigten Kritiker versöhnlich stimmte. Manch einer gab offen zu, er sei unbesorgt, solange Washington noch lebe, fürchte sich aber vor einer Zukunft ohne den populären General, der niemals seine Macht missbrauchen werde.

Die Federalists, allen voran Alexander Hamilton, James Madison und

John Jay, verteidigten in den *Publius*-Briefen (die noch 1788 unter dem Titel *The Federalist* in Buchform veröffentlicht wurden) eloquent die Verfassung einschließlich der neuen Institution der Präsidentschaft. Sie gaben zu, dass der Präsident über ähnliche Machtbefugnisse wie der englische König verfüge, konzidierten, dass er, wenn auch indirekt, so doch auf demokratische Weise vom Volk gewählt werde und sich alle vier Jahre wieder zur Wahl stellen müsse. Da das Amt nicht erblich sei, bleibe einem von Natur aus ungeeigneten Mann der Aufstieg zur Staatsspitze verwehrt, und ein Präsident, der sich im Amt als unfähig erweise, könne auf reguläre Weise ausgewechselt oder notfalls durch ein *Impeachment*-Verfahren abgesetzt werden. Die vorgeschlagene Verfassung verwirkliche das Ideal eines ganz auf demokratisch-republikanischer Grundlage aufgebauten Regierungssystems. Die Verschränkung der Gewalten ziele keineswegs darauf ab, den Präsidenten und den Kongress am kraftvollen Regieren zu hindern. Nach Madisons Vorstellung musste geradezu Ehrgeiz gegen Ehrgeiz gesetzt werden (*«ambition must be made to counteract ambition»*), um die nötige Dynamik zu erzeugen. Die durch den Wettbewerb der Regierungszweige erzeugte Macht stand aber seiner Meinung nach vollkommen im Dienste des Gemeinwohls und des nationalen Interesses; sie würde auch stets unter der Kontrolle des souveränen Volkes und in den Grenzen der Verfassung bleiben. Inwieweit diese optimistische Vision die einfachen Bürger beeinflusste oder gar überzeugte, lässt sich nur schwer sagen. Die Annahme der Verfassung durch die erforderliche Zahl von Staaten wurde letztlich wohl weniger durch die Propagierung ihrer Vorzüge erreicht als durch das Versprechen der Federalists, dem Text die Grundrechtserklärung (*Bill of Rights*) zum Schutz des Individuums und der Einzelstaaten vor bundesstaatlicher Willkür anzufügen. Im Sommer 1788 wurde der von einer überwältigenden Mehrheit geschätzte erste Präsident der Vereinigten Staaten, George Washington, im Rahmen von Feierlichkeiten bereits symbolisch mit der Präsidentswürde ausgestattet. Auf diese Weise deutete sich noch vor dem offiziellen Inkrafttreten der Verfassung im Herbst und der Wahl Washingtons im Winter 1788/89 an, welche Bedeutung dem Mann an der Spitze der neuen Regierung zukommen würde. Ob das ganze «System» des republikanisch-föderativen Bundesstaates aber so effektiv funktionieren würde, wie es die Federalists versprochen hatten, stand in den Sternen. Aus der historischen Perspektive erkennt man indessen sehr klar, dass die «Erfindung» der Präsidentschaft im Rahmen eines bundesstaatlichen Modells ein «großer Wurf» war. Sie entsprang nicht dem Gehirn eines Einzelnen, sondern ergab sich aus dem Zusammenspiel von intellektueller Erkenntnisfähigkeit und politischem Realitätssinn.

## **Kontinuität und Wandel in der historischen Entwicklung der Präsidentschaft**

Die amerikanische Verfassung schlug erstaunlich rasch Wurzeln im öffentlichen Bewusstsein, auch wenn über ihren «wahren Geist» und die Tragweite einzelner Bestimmungen bald heftig gestritten wurde. Die äußere Erscheinungsform und die inhaltliche Gestaltung des Präsidentenamtes unterlagen innerhalb der letzten zwei Jahrhunderte einem permanenten Wandel, da die Verfassungsordnung den sich ändernden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen Rechnung tragen musste. Durch viele Präzedenzfälle und Urteile des Supreme Court wuchs allmählich um die geschriebene Verfassung – die nur sehr selten modifiziert wurde – eine ungeschriebene Verfassung herum; auf diese Weise entwickelte sich eine Art konstitutionelles Gewohnheitsrecht, das neue Maßstäbe setzte und Handlungsspielräume des Präsidenten zuweilen einengte, viel häufiger aber erweiterte. Jede Präsidentschaft stand unter eigenen Gesetzen, die sich aus spezifischen Umständen und Ereignissen, dem allgemeinen Meinungsklima (*public opinion*) sowie dem Amtsverständnis und der Persönlichkeit des jeweiligen Amtsinhabers ergaben. Von kurzen Unterbrechungen abgesehen, befanden sich die Präsidenten aber stets im Zentrum des Geschehens und im Blickpunkt der Öffentlichkeit, zunächst nur der amerikanischen, später dann der gesamten Welt.

### Präsidenten über den Parteien

Die erste Phase, die bis ans Ende der 1820er Jahre reicht, ist von dem Historiker Ralph Ketcham als die Zeit der überparteilichen Präsidenten (*presidents above party*) charakterisiert worden. In dieser Zeit wirkte eine machtvolle ideologische Strömung nach, die in der Tradition des englischen politischen Denkens etwa Lord Bolingbrokes stand. In seiner Schrift *Idea of a Patriot King* von 1738 hatte Bolingbroke das Bild eines «patriotischen Königs» entworfen, der – jenseits aller politischen und wirtschaftlichen Interessen – nur dem Wohl des Volkes, vor allem aber den tugendhaften Landbesitzern diene. In Amerika war diese rückwärtsgewandte Utopie während der Revolution durch den radikalen Republikanismus nach Art Thomas Paines überlagert worden. Für die Südstaatenelite übte sie aber wieder starke Anziehungskraft aus: Plantagenbesitzer und Sklavenhalter stellten bis 1825 vier der fünf Präsidenten. Keiner von ihnen konnte sich – vor dem Hintergrund der Französischen Re-

volution und der Napoleonischen Kriege – dem Parteienstreit zwischen Federalists und Republicans ganz entziehen. Dennoch versuchten selbst republikanische «Parteiführer» wie Jefferson und Madison, das Präsidentenamt auf möglichst unpolitische Weise auszuüben und die «gestörte» gesellschaftliche Harmonie wiederherzustellen. Damit machten sie Parteien letztlich überflüssig.

Die Gemeinsamkeiten der «unparteiischen» Präsidenten von George Washington bis John Quincy Adams dürfen allerdings nicht überbetont werden. Tatsächlich bildeten sich in diesen ersten Jahrzehnten durch das persönliche Beispiel der Amtsinhaber zwei unterschiedliche Modelle der Präsidentschaft heraus, die auch später weiterwirkten. Das eine Modell – verkörpert von Washington und später von John Quincy Adams – war auf exekutive Machterweiterung angelegt; betont national, sozial konservativ bis elitär, vom ökonomischen Verständnis her dagegen progressiv und insgesamt aktivistisch orientiert. Im Hintergrund spielte sicherlich Alexander Hamiltons politische Philosophie eine wichtige Rolle, die ganz auf die Präsidentschaft als den vitalen Kern des amerikanischen Regierungssystems hin ausgerichtet war und Grundsätze einer rationalen, effizienten Verwaltung mit der Vision nationaler Größe verband. Dem stellten Jefferson und Madison ein Modell entgegen, das die Begrenzung und Ausbalancierung der exekutiven Machtfülle betonte, die Eigenverantwortlichkeit der Einzelstaaten förderte, den agrarisch-egalitären Charakter der amerikanischen Gesellschaft zu wahren suchte und dem Präsidenten selbst Schlichtheit im äußeren Erscheinungsbild und Zurückhaltung im politischen Tagesgeschäft auferlegte. Für Jefferson etwa war das Weiße Haus ein «Haus des Volkes». Mit einem Steinwall war es nur umgeben, damit die Tiere nicht entweichen konnten, und Besucher empfing er nicht in einer aufwändigen Robe, sondern in dezidiert einfacher Bekleidung. Dem moderaten Amtsverständnis entsprach nun auch die freiwillige zeitliche Begrenzung auf zwei Amtsperioden, die nicht auf Washington zurückgeht, sondern erst von Jefferson und Madison eingeführt wurde.

### Die «Demokratisierung» der Präsidentschaft

In der Ära der *Jacksonian Democracy*, die über die Regierungszeit Andrew Jacksons (1829–37) hinaus bis in die Vorgeschichte des Bürgerkriegs reicht, wandelte sich der Charakter der Präsidentschaft grundlegend. Sie verband sich mit einer aggressiven, selbstbewussten Parteilichkeit, und der Präsident wurde zum anerkannten Führer der Mehrheitspartei. Anders als die ersten

Präsidenten, die sich im Sinne des klassischen Tugendbegriffs hatten bitten lassen, das Amt zu übernehmen, betrieben die Kandidaten nun intensive Wahlkämpfe, um das Weiße Haus für sich und ihre Anhänger zu «erobern». Sie wurden auch nicht mehr von einem *Caucus* des Kongresses hinter verschlossenen Türen auserkoren, sondern auf nationalen Parteikonventen nominiert. Die Wahl der *Presidential Electors* wiederum ging nach und nach in allen Staaten von den Parlamenten auf das Volk über. Darin spiegelte sich der Trend zur Ausweitung des Wahlrechts und zur stärkeren demokratischen Beteiligung der Bürger wider, der seit Anfang des 19. Jahrhunderts die politische Kultur umformte. Das neue Bild der Präsidentschaft war Teil des generellen Bewusstseins- und Mentalitätswandels, der bis 1830 bewirkt hatte, dass ökonomischer und politischer Wettbewerb und das lärmende Streben nach «Popularität» nicht mehr negativ, sondern weitgehend positiv bewertet wurden. Indem die Präsidenten diese Philosophie nun offensiv vertraten, trugen sie selbst zur Kommerzialisierung und Individualisierung der Gesellschaft bei – ein Gedanke, der Washington, John Adams, Jefferson und Madison, die dem Idealismus der Aufklärung verpflichtet gewesen waren, Angst eingeflößt hätte. Das «Beutesystem» (*spoils system*) der Postenvergabe an Gefolgsleute und Wahlhelfer wurde fester Bestandteil des politischen Lebens, und der Stil der Präsidentschaft nahm nun demokratische, zuweilen derb-populistische Züge an. Jackson umgab sich erstmals mit einem Zirkel informeller Berater, dem sogenannten «Küchenkabinett» (*kitchen cabinet*), in dem Parteistrategen und Presseleute eine wichtige Rolle spielten und das die Bedeutung des eigentlichen Kabinetts verminderte.

Von einem «Durchbruch zur Moderne» zu sprechen, scheint aber doch übertrieben, denn bei den Präsidenten der *Jacksonian Democracy* hielten sich Tradition und Neuerungen in etwa die Waage. Jackson selbst knüpfte an das Erbe Jeffersons an, nicht nur was die Hochschätzung des Landlebens und die Abneigung gegen die städtische Kultur betraf, sondern auch durch seine im Wesentlichen «negative» Interpretation der Aufgaben, welche die Exekutive zu erfüllen hatte. Ausgestattet mit den Eigenschaften eines charismatischen Führers, sah er sich als direkten Repräsentanten des Volkes und als Wahrer der nationalen Einheit. Unter *executive leadership* verstand er in erster Linie den Kampf gegen «feindliche Interessen», wie die Bankiers in Philadelphia und New York, neuenglische Geschäftsleute oder die gegnerische Partei der Whigs. Deren Machenschaften galt es aufzudecken und zu vereiteln, damit die Bürger «frei» sein konnten, was jetzt so viel bedeutete wie: zu tun oder zu lassen, was sie für richtig hielten. Historikerinnen, Historiker und Wirtschaftsfachleute sind sich bis heute uneins darüber, ob diese «Nicht-Politik» die Entste-

hung einer nationalen Marktwirtschaft förderte oder eher verzögerte. Es verwundert jedenfalls nicht, dass der Franzose Alexis de Tocqueville, der die Vereinigten Staaten Anfang der 1830er Jahre bereiste, zu der Feststellung gelangte, der amerikanische Präsident übe «zweifelloos nur einen schwachen und indirekten Einfluss» auf die Gesellschaft aus, und die Staatsgeschäfte würden mehr von der Legislative als von der Exekutive gelenkt.

### Die Präsidentschaft in der Krise der Union

Nach dem Krieg gegen Mexiko (1846–48), der das Territorium der USA erneut gewaltig vergrößerte, nahm die nationale Integrationskraft, die für die ersten Präsidenten charakteristisch war, immer mehr ab. Insbesondere unter dem Druck des regionalen Gegensatzes und der Sklavereiproblematik standen sich Süd- und Nordstaaten einander gegenüber. Die Präsidenten der 1850er Jahre bemühten sich in dieser Situation nicht mehr um Ausgleich, sondern unterstützten mehr oder weniger deutlich die Forderung der Südstaaten, deren Anliegen es war, die Gebiete im Westen für die Sklaverei zu öffnen. Die Krise der Union war also auch eine Krise der Präsidentschaft, die ihren verfassungsmäßigen Auftrag zur Wahrung der nationalen Einheit und des Gesamtwohls in einem Klima steigender öffentlicher Erregung nicht mehr zu erfüllen vermochte.

Die Entstehung der Republikanischen Partei und die Wahl ihres Kandidaten Abraham Lincoln zum Präsidenten im November 1860 trieben den Nord-Süd-Konflikt auf den Höhepunkt, schufen aber auch die Voraussetzungen dafür, dass der Untergang der Union verhindert und die Sklaverei beseitigt werden konnten. Angesichts von Südstaaten-Sezession und Bürgerkrieg nutzte Lincoln nämlich wie kein Präsident vor ihm das Machtpotential seines Amtes aus, während die republikanische Mehrheit im Kongress das traditionelle Misstrauen gegen die exekutive Regierungsgewalt überwand und dem Präsidenten weitgehend freie Hand ließ. Mit geradezu religiöser Inbrunst nahm Lincoln die Rolle des Retters der Nation, ja der Demokratie schlechthin auf sich. Er beanspruchte Notstandsvollmachten, die er in seinem Amtseid und anderen allgemeinen Formulierungen der Verfassung fand oder aus seiner Stellung als Oberbefehlshaber herleitete. Vom Justizminister ließ er sich bestätigen, dass der Präsident der «Wächter der Verfassung» sei, ihr «Bewahrer, Beschützer und Verteidiger». Das erlaubte ihm sogar, Grundrechtsbestimmungen vorübergehend außer Kraft zu setzen und Widerstand gegen die Kriegsanstrengungen zu unterdrücken. Trotzdem war Lincoln zu keiner Zeit

ein Diktator oder gar Despot. Kritik an den Maßnahmen der Regierung war in den Nordstaaten nicht nur möglich, sondern wurde auch freimütig geäußert. Lincoln gestand dem Kongress und den Gerichten das letzte Urteil über alle von ihm unternommenen Schritte zu. Ebenso entschieden hielt er – ungeachtet seiner *Emancipation Proclamation* von 1863 – daran fest, dass die endgültige Abschaffung der Sklaverei nur durch eine reguläre Verfassungsänderung, nicht durch eine Verordnung des Präsidenten vollzogen werden konnte.

Mit Lincoln zeichnete sich ein Trend ab, der sich im 20. und 21. Jahrhundert fortsetzen sollte. Wenn ein Präsident Krieg führte, förderte dies die Ausweitung der exekutiven Macht. Die Unbeirrbarkeit und Konsequenz, mit der Lincoln seine Ziele verfolgte, setzte neue Maßstäbe, zog aber auch problematische Folgen nach sich, wenn zukünftige Präsidenten unter Berufung auf Lincoln «exklusive präsidentielle Befugnisse» einforderten. In gewissem Sinne traf das schon auf Lincolns Vizepräsidenten und Nachfolger Andrew Johnson zu, der sich gegen die Mehrheit des Kongresses durchzusetzen versuchte. Nach diesem offenen Machtkampf zwischen Exekutive und Legislative, der in einem *Impeachment*-Verfahren gegen Johnson gipfelte, trat für eine ganze Weile wieder so etwas wie «Normalität» im politischen Leben der Vereinigten Staaten ein.

### Kongress, Parteien und Präsidenten im Gilded Age

In der Phase forcierter Industrialisierung nach dem Bürgerkrieg, die Mark Twain das «vergoldete Zeitalter» (*Gilded Age*) nannte, weil der äußere Glanz viel soziales Elend überdeckte, wirkten mehrere Faktoren zusammen, um den Einfluss der Präsidenten zu vermindern. In ökonomischer Hinsicht setzte sich in den USA wie in keinem anderen Land der Welt das Dogma des *Laissez-faire* durch, dem zufolge sich die Regierung so weit wie möglich aus dem Wirtschaftsleben heraushalten und dem «freien Spiel der Kräfte» Raum geben sollte. Die Gerichte stützten diese Auffassung, indem sie sowohl die Bundesregierung als auch die Staatenregierungen vordringlich auf den Schutz des Privateigentums verpflichteten. Der Handlungsspielraum der Bundesregierung schrumpfte weiter dadurch, dass nach dem Ende der Rekonstruktion 1877 der gesamte Komplex der Rassenbeziehungen im Interesse der nationalen Versöhnung ausgeklammert und in die Zuständigkeit der Einzelstaaten verwiesen wurde. Damit begann die strikte Rassentrennung und politisch-soziale Diskriminierung der Afroamerikaner im Süden, die teilweise bis in die 1960er Jahre bestehen blieb. Militärisch waren für die Präsidenten – bei der Nieder-



werfung des letzten Widerstands der Ureinwohner im Westen, beim Streit mit den Mormonen in Utah und beim Einsatz von Truppen gegen streikende Arbeiter – kaum Lorbeeren zu ernten. In der Politik schließlich gaben die großen Parteien, Demokraten und Republikaner, noch stärker den Ton an als zu Zeiten von Andrew Jackson. Die eigentliche Macht wurde von den «Partei-maschinen» und deren «Bossen» (oft in enger Verbindung mit wirtschaftlichen und ethnischen Interessengruppen) in den Einzelstaaten und den großen Städten ausgeübt, die das Amt des Präsidenten als Teil der politischen Manövriermasse und Schlüssel zur Posten- und Pfründenvergabe ansahen. Diese «objektiven» Gründe trugen stärker zum Verfall des Ansehens der Präsidentschaft bei als persönliche Unzulänglichkeiten, die man einigen der Präsidenten, insbesondere dem Bürgerkriegsgeneral Ulysses S. Grant, zweifellos auch bescheinigen muss. Das Endresultat war eine wenig aktive Bundesregierung, in der sich das Entscheidungszentrum vom Präsidenten im Weißen Haus zum Kongress auf dem *Capitol Hill* hin verlagerte. Die Zeitgenossen sprachen deshalb von einem *Congressional Government*, und der Universitätsprofessor Woodrow Wilson machte sich 1885 bereits Gedanken, ob man diese Form der Regierung nicht in Richtung eines parlamentarischen Systems nach englischem Muster weiterentwickeln sollte. Als Wilson zweieinhalb Jahrzehnte später selbst das Präsidentenamt anstrebte, hatte er diese Auffassung allerdings längst wieder revidiert.

### Die Präsidenten des Progressivismus

Die Wahlen von 1896, aus denen William McKinley und die Republikanische Partei als Sieger hervorgingen, leiteten eine Wende ein, die im Innern wie nach außen zu einer (Wieder-)Aufwertung der Präsidentschaft führte. Innenpolitisch setzte sich unter dem Einfluss des auf soziale Reformen zielenden *Progressive Movement* die Einsicht durch, dass die Exekutive eingreifen sollte, um die negativen Begleiterscheinungen der Industrialisierung und Verstädterung wirkungsvoll zu bekämpfen. Der wirtschaftliche Aufschwung und der rasche Zuwachs an wissenschaftlichen Erkenntnissen schienen genügend Ressourcen zur Verfügung zu stellen, um die Lebensbedingungen aller Amerikaner zu verbessern. Dazu waren allerdings rationale Planung und effektive Verwaltung auf nationaler Ebene notwendig, was nur vom Kongress und vom Präsidenten ins Werk gesetzt werden konnte. Erst angesichts dieser veränderten Aufgabenstellung begann die bundesstaatliche Bürokratie wirklich zu wachsen, auch wenn die Zahl und Personalausstattung der öffentlichen Be-

hörden insgesamt – gemessen an europäischen Verhältnissen – immer noch bescheiden blieb. Die Präsidenten selbst legten sich mit Genehmigung des Kongresses einen größeren Mitarbeiterstab zu, der ihnen die Führung der Amtsgeschäfte erleichtern sollte. Hatte Ulysses Grant noch mit einem Privatsekretär, einem Stenografen und vier Schreibern auskommen müssen, so verfügte McKinley schon über einen Stab von dreizehn Personen, unter ihnen mehrere professionelle Verwaltungsleute. Inzwischen hatten auch neue Techniken und Kommunikationsmedien wie Schreibmaschine, Telegraf und Telefon Einzug ins Weiße Haus gehalten, die einerseits die Arbeitslast erhöhten, andererseits aber auch die Einwirkungsmöglichkeiten und LenkungsKapazitäten der Exekutive verbesserten.

Außenpolitisch markierte der Krieg gegen Spanien 1898 den Eintritt der USA in die Weltpolitik – ein folgenreicher Schritt über die Schwelle ihres kontinentalen Besitzstandes hinaus. In dem «*splendid little war*» (so Außenminister John Hay) um Kuba und die Philippinen bestand die moderne amerikanische Schlachtflotte, die seit 1890 aufgebaut worden war, ihre erste Bewährungsprobe. Sie stellte von nun an ein Machtinstrument ersten Ranges dar, das McKinleys Nachfolger Theodore Roosevelt besonders virtuos zu handhaben wusste. Die Außenpolitik betrachtete Roosevelt ohnehin als seine ureigene Domäne: Im Einklang mit der öffentlichen Meinung, aber ohne übermäßige Rücksicht auf den Kongress, weitete er die Bedeutung der Monroe-Doktrin aus und setzte den Bau des strategisch wichtigen Panamakanals durch; geschickt vermittelte er im Krieg zwischen Japan und Russland, wofür er sogar mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde. Einige Historiker und Politologen erkennen hier den Beginn der sogenannten «doppelten» oder «gespaltenen» Präsidentschaft: Damit ist eine Amtsführung gemeint, die ganz bewusst der Tatsache Rechnung trägt, dass die Verfassung dem Präsidenten in der Außenpolitik wesentlich mehr Initiative und Bewegungsfreiheit erlaubt als in der Innenpolitik.

Roosevelt war aber auch im Innern keineswegs passiv, sondern drängte den Kongress, zentrale Forderungen der progressiven Reformer zu verwirklichen: verbesserte Arbeitsbedingungen in der Industrie, Hygienestandards für Lebensmittel und vieles mehr. Indem er das Weiße Haus als eine Bühne oder Predigerkanzel benutzte, zeigte Roosevelt seinen Landsleuten und der Welt ganz neue Perspektiven der Präsidentschaft auf: Nicht von ungefähr hat man ihn als den ersten «modernen» amerikanischen Präsidenten bezeichnet, wobei der Begriff der Modernität natürlich problematisch ist. Auf symbolhafte Weise ließen die Roosevelts einen frischen Wind durch das Weiße Haus wehen, als er das Gebäude für die achtköpfige Familie von Grund auf ummo-

delte und dabei den Dekor des 19. Jahrhunderts aus den Gemächern verbannte. Im Anschluss an eine Europareise, die Theodore Roosevelt zwei Jahre nach seinem Ausscheiden aus dem Amt im Jahr 1910 unternahm, charakterisierte er die amerikanische Präsidentschaft mit Worten, die den Stolz auf die Fortschrittlichkeit und Dynamik der USA gut erkennen lassen: «Mir gefällt an der amerikanischen Regierungsform, dass ein privater Bürger vom Volk in eine Position gewählt werden kann, die so bedeutend ist wie die des mächtigsten Monarchen, dass er auf Zeit mehr Macht ausüben darf als Zar, Kaiser und Papst, und dass er dann nach Ablauf der Amtsperiode mit voller Selbstachtung als Privatmann in den Kreis seiner Mitbürger zurückkehrt, ohne etwas anderes zu beanspruchen als das, was ihm auf Grund seiner Verdienste zusteht.»

Als der Nachfolger William H. Taft seinen hohen Erwartungen nicht entsprach, strebte «Teddy» Roosevelt 1912 noch einmal ins Weiße Haus zurück. Sein Wahlkampf als Kandidat der von ihm selbst gegründeten Progressive Party ist symptomatisch für die größere Eigenständigkeit, die führende Politiker inzwischen von den Parteiorganisationen erlangt hatten. Roosevelt und Taft unterlagen jedoch dem Demokraten Woodrow Wilson, der die progressive Ära auf ihren Höhepunkt führte und zum Abschluss brachte. Wilsons innenpolitische Reformanstrengungen wurden schon bald von dem großen europäischen Krieg überschattet, der sich durch den Eintritt der USA im April 1917 zum Ersten Weltkrieg ausweitete. In Wilsons Reden, mit denen er seine Landsleute, wie allenfalls noch Lincoln vor ihm, zu fesseln wusste, verbanden sich demokratische Überzeugung und religiöses Pathos zur Idee von der globalen zivilisationsbewahrenden Mission der Vereinigten Staaten. Der Krieg wurde wieder zur «Stunde der Exekutive»: Das Weiße Haus und die zivile und militärische Bürokratie organisierten den amerikanischen Beitrag zur Kriegskoalition; Wilsons «inoffizieller Berater» Colonel Edward House führte diplomatische Verhandlungen in Europa; Wilson selbst nahm mit der Völkerbundidee die ideologische Herausforderung durch den russischen Bolschewismus an; 1919 reiste er als erster amtierender US-Präsident nach Europa, um sein Land auf der Pariser Friedenskonferenz zu vertreten. Für ihn persönlich war es ein Triumphzug, und zugleich hatte das Prestige des Präsidentenamtes einen neuen Gipfel erklommen. Allerdings lagen Triumph und Tragik dicht beieinander: Nachdem die Vollendung des innenpolitischen Reformprogramms schon den finanziellen Bedürfnissen des Krieges zum Opfer gefallen war, weigerte sich der Senat 1920, den Versailler Vertrag einschließlich der Völkerbundsatzung zu ratifizieren. Durch einen Schlaganfall teilweise gelähmt, verbrachte Wilson die letzten Monate seiner zweiten Amtsperiode hilf-

los und ohne politischen Einfluss im Weißen Haus. Seine zweite Frau, Edith Bolling Wilson, führte in dieser Zeit die Amtsgeschäfte, entschied, wer zum Präsidenten vorgelassen wurde, und war damit, in der Meinung einiger Historiker, wenn auch informell, die erste Präsidentin der USA.

### Durchbruch zur modernen Präsidentschaft

Die Regierungszeit der drei Republikaner Harding (1921–23), Coolidge (1923–29) und Hoover (1929–33) bedeutete erneut einen Pendelschlag «zurück zur Normalität» (*back to normalcy*), wie schon der Wahlslogan der Partei 1920 gelautet hatte. Die Präsidenten traten jedoch nicht mehr so weit in den Hintergrund, wie das im *Gilded Age* der Fall gewesen war: Dafür besaßen die USA mit ihren weit über 100 Millionen Einwohnern als größter Binnenmarkt, stärkste Wirtschaftsmacht und reichstes Gläubigerland der Erde nun doch zu viel Einfluss und Verantwortung; dafür waren auch die in der *Progressive Era* geweckten Erwartungen an die wirtschafts- und sozialpolitische Gestaltungskraft der Bundesregierung zu groß geworden. Die wachsenden Aufgaben der Exekutive spiegelten sich in der Differenzierung und Spezialisierung des präsidentiellen Stabes wider, der auf über 30 Positionen anstieg. Ab 1929 gab es im Weißen Haus auf oberster Ebene drei *Secretaries to the President*, unter ihnen erstmals einen Pressesekretär, was erkennen lässt, welche Bedeutung man den *Public Relations* schon in dieser Zeit beimaß, als Radio und Film zu Massenmedien zu werden begannen. Die neuere Forschung hat gezeigt, dass Herbert Hoover nicht der «schwache» Präsident war, als den man ihn lange Zeit karikiert hat, sondern dass er dem Amt durchaus innovative Impulse zu geben verstand. Durchdrungen von einer strikt liberalistischen Ideologie, baute er jedoch vor allem auf die Eigeninitiative des privaten Sektors und die Selbstheilungskräfte der Wirtschaft. In der Großen Depression, die wenige Monate nach seiner Inauguration einsetzte, konnte er auf diese Weise weder der weltpolitischen Verantwortung der USA noch den Ansprüchen der eigenen Bevölkerung gerecht werden.

Die Präsidentschaft Franklin Delano Roosevelts (1933–45) ist am besten als eine langgedehnte Notstands- und Ausnahmeregierung zu verstehen, zuerst innenpolitisch in der Form des *New Deal* zur Überwindung der Wirtschaftskrise, dann außenpolitisch im Kampf gegen die totalitäre Bedrohung in Europa und Asien. Dabei geriet zwar das amerikanische Regierungs- und Verfassungssystem zu keiner Zeit ernsthaft in Gefahr, aber es erlebte doch die einschneidendsten und dauerhaftesten Veränderungen seit seiner Entstehung

am Ende des 18. Jahrhunderts. Schon in seinen Wahlkampfreden und bei der Inauguration machte Roosevelt deutlich, dass er die Verfassung als ein anpassungsfähiges Instrument betrachtete, das so gehandhabt werden musste, wie es die nationalen Bedürfnisse und das Gemeinwohl erforderten. Am besten kam das in seinem Versprechen zum Ausdruck, er werde auf die Wirtschaftskrise wie auf einen die Existenz der Nation bedrohenden Krieg reagieren. Die «nationale Regeneration» gelang, weil Roosevelt erkannt hatte, dass die Ursachen der Malaise ebenso psychologischer wie ökonomischer Natur waren. Daraus folgerte er, dass schwungvolle, optimistische und experimentierfreudige *presidential leadership* gefordert war («Das Einzige, was wir zu fürchten haben, ist die Furcht selbst», erklärte er beim Amtsantritt); dass die Bundesregierung aktiv ins Wirtschaftsgeschehen eingriff und soziale Mindestanforderungen durchsetzte; und dass der Präsident auf Reisen und über das Radio das Gespräch mit dem Volk, mit dem «*forgotten man*», suchen musste. Anfangs leistete ihm der Supreme Court unter Verweis auf die Grenzen der exekutiven Befugnisse und die föderative Struktur des Staates noch hinhaltenden Widerstand. Der überwältigende Wahlsieg im November 1936 offenbarte aber, dass Roosevelt die Bevölkerung von der Notwendigkeit des *New Deal* und damit von der Berechtigung einer bis dahin kaum vorstellbaren Interventions- und Regulierungskompetenz des Staates im wirtschaftlichen und sozialen Bereich überzeugt hatte. Seine Kombination von Tatkraft, sozialem Bewusstsein und populärem Stil brachte die psychologische Wende zum Besseren, obwohl die wirtschaftliche Erholung langsamer voranging als in Europa. Genauso gelang es Roosevelt ab 1938, nun im Widerstreit mit einem isolationistisch gesinnten Kongress, die Mehrheit des Volkes auf Kriegskurs gegen die faschistischen Diktaturen und das japanische Militärregime zu bringen. Nach dem Angriff auf Pearl Harbor im Dezember 1941 war das ganze amerikanische Regierungssystem, bald sogar die gesamte weltumspannende Kriegscoalition, auf Roosevelt als die überragende Führerpersönlichkeit im Weißen Haus zugeschnitten.

Franklin Roosevelts Präsidentschaft ist in vieler Hinsicht ungewöhnlich. Die lange Amtszeit – als einziger Präsident wurde Roosevelt dreimal wiedergewählt – hatte sechs Jahre nach seinem Tod eine Verfassungsänderung zur Folge, das 22. Amendment, das die Präsidentschaft nun formell auf maximal zwei Amtsperioden begrenzte. (Seither ist nur noch eine die Präsidentschaft betreffende Ergänzung hinzugekommen, das 25. Amendment von 1967, das den geordneten Übergang der Regierungsgewalt von einem Präsidenten, der sein Amt nicht mehr ausüben kann, auf den Vizepräsidenten vorschreibt.)

Als besonders zukunftssträchtig erwies sich die enorme Expansion der bundesstaatlichen Bürokratie, die sich zunächst im Rahmen des *New Deal* und

dann, noch stärker als 1917/18, unter dem Druck eines Weltkrieges vollzog. Der Ausbau der bestehenden Ministerien und Behörden und die Schaffung von weit über 100 neuen *executive agencies*, die zumeist dem Präsidenten direkt unterstellt wurden, bedeutete nicht nur eine quantitative, sondern eine qualitative Veränderung des Regierungssystems. Innerhalb der mächtiger gewordenen Bundesregierung gewann die Exekutive an Gewicht, was einerseits auf die charismatische Persönlichkeit und die Führungsqualitäten Roosevelts zurückzuführen war, andererseits aber auch auf organisatorische Neuerungen. Höchste Bedeutung hatte in diesem Zusammenhang die Einrichtung des *Executive Office of the President* (EOP), das der Kongress 1939 (er begann mit den heute berühmten Sätzen: «Der Präsident benötigt Hilfe. Seine unmittelbare Stabsunterstützung ist völlig unzureichend.») einrichten ließ. Der engste Mitarbeiterkreis des Präsidenten, zusammengefasst im White House Office, wurde dabei u. a. durch sechs neue Verwaltungsassistenten vergrößert, die helfen sollten, den gesamten exekutiven Regierungsapparat zu koordinieren sowie Verbindung zum Kongress und zur Öffentlichkeit zu halten. Weitere wichtige Behörden im EOP waren das vom Finanzministerium übernommene *Bureau of the Budget*, das den Präsidenten bei der Aufstellung und Durchsetzung des Haushalts unterstützte (1945 verfügte es bei einem Personalstand von 600 Angestellten über einen eigenen Etat von 3 Millionen Dollar), und das *Office of Emergency Management*, das ab Mai 1943 als *Office of War Mobilization* die Rüstungsanstrengungen lenkte und kontrollierte. All dies erleichterte es dem Präsidenten ungemein, sich auf die wirklich wichtigen Entscheidungen zu konzentrieren; andererseits erzeugte die Expansion der Bürokratie aber auch neue Regelungsprobleme sowie interne Rivalitäten, die Roosevelt nicht selten nach dem Motto «divide et impera» noch verschärfte, indem er eine Behörde gegen die andere ausspielte. Bei Kriegsende war der exekutive Regierungszweig also kaum noch mit der Exekutive in der Anfangsphase der Vereinigten Staaten, ja nicht einmal mehr mit der Exekutive zu Zeiten Lincolns, Theodore Roosevelts oder Wilsons vergleichbar.

### Die «imperiale Präsidentschaft»

Anders als nach dem Ersten Weltkrieg, zerschlug sich die Hoffnung auf eine «Rückkehr zur Normalität» nach dem Zweiten Weltkrieg sehr schnell. Der Beginn des Kalten Krieges und wenig später der Ausbruch des Korea-Krieges machten deutlich, dass sich die USA unter ihren Nachkriegspräsidenten Truman und Eisenhower aus der weltpolitischen Verantwortung nicht zurückzie-

hen konnten. Dementsprechend blieben auch die Instrumente der präsidentiellen Führungsmacht und die gewaltige Militärmaschinerie einschließlich der nuklearen Vernichtungswaffen bestehen. Psychologisch und von den rechtlichen Grundlagen her fand der Zustand der «*national emergency*» im Kalten Krieg eine fast ungebrochene Fortsetzung. Der dem Präsidenten unterstellte Militär- und Sicherheitsapparat wurde 1947 reorganisiert und gestrafft, als der Kongress auf der Grundlage des *National Security Act* den Nationalen Sicherheitsrat (*National Security Council*, NSC), ein für alle Teilstreitkräfte zuständiges Verteidigungsministerium (*Department of Defense*) und die *Central Intelligence Agency* (CIA) schuf (der NSC gelangte 1949 ebenfalls durch Kongressbeschluss in das *Executive Office of the President*). Bereits 1946 war der *Council of Economic Advisers* als zentrales Beratungsgremium des Präsidenten in Wirtschaftsangelegenheiten in das EOP aufgenommen worden. Damit setzte sich die unter Franklin Roosevelt begonnene Tendenz zu einer Zweiteilung der ausführenden Gewalt fort: auf der einen Seite der engere Berater- und Mitarbeiterstab des Präsidenten (das *Executive Office*, koordiniert vom *White House Office*) und auf der anderen Seite die «reguläre» Bürokratie der Ministerien und übrigen Ämter und Behörden, deren politischer Einfluss eher zurückging. Das Kabinett, das durch Eisenhower noch einmal aufgewertet wurde, büßte danach immer mehr von seiner Funktion als kollektives Beratungs- und Entscheidungsgremium ein, und nur diejenigen Minister, die – wie der *Secretary of State* und der *Secretary of Defense* – regelmäßig an den Sitzungen des Nationalen Sicherheitsrats teilnahmen, konnten ihren Einfluss einigermaßen wahren. Am sichtbarsten wird diese Zweiteilung bis heute im Nebeneinander von Außenminister und Nationalem Sicherheitsberater (*National Security Advisor*), einem Posten, der aus Eisenhowers Entscheidung hervorging, dem Nationalen Sicherheitsrat einen *Special Assistant for National Security Affairs* als «Auge und Ohr» des Präsidenten beizugeben. Als wichtigste Behörden innerhalb des *Executive Office of the President* etablierten sich von Truman bis Nixon – neben dem de facto unabhängigen *White House Office* selbst – der Nationale Sicherheitsrat, das *Office of Management and Budget* (OMB; 1970 aus dem *Bureau of the Budget* hervorgegangen), der *Council of Economic Advisors*, das *Office of the U. S. Trade Representative*, der *Domestic Council* und das *Office of Science and Technology*. Im *White House Office* allein waren schon zur Zeit der Nixon-Administration (1969–74) über 500 hauptamtliche Mitarbeiter unmittelbar für den Präsidenten tätig, darüber hinaus zahlreiche auf Zeit (von den diversen Ministerien) abgeordnete Beamte. Die Zahl der leitenden Berater fiel in der Zeit nach Nixon unter 500, erreichte aber während der Präsidentschaft von Joe Biden mit 565 Mitarbeite-

rinnen und Mitarbeitern den Höhepunkt in der Geschichte der modernen Präsidentschaft; sie lag um 100 höher als bei Barack Obama. Vor allem aber kam es während der Amtszeit von Biden zu einer nie dagewesenen Mitarbeiterfluktuation. Der Präsident, der gegen Ende seiner Amtszeit deutliche Anzeichen von Senilität aufwies, tauschte insgesamt 77 Prozent seiner Leitenden Berater aus.

Das White House Office, das *Executive Office of the President* und die verzweigte Militär- und Geheimdienstbürokratie bildeten das institutionelle Fundament für das, was Arthur M. Schlesinger Jr. 1973 die «imperiale Präsidentschaft» (*Imperial Presidency*) nannte. «Imperial» meinte dabei nicht nur die amerikanische Hegemonie in der Welt, sondern auch die Stellung der Präsidenten im Innern, wo sie von den Medien überwiegend unkritisch hofiert wurden. Truman war mit seiner Politik noch auf erheblichen Widerstand des Kongresses gestoßen, aber er hatte sich durchzusetzen gewusst, teils mit Hilfe des Vetos: Er legte 180 Vetos ein, von denen der Kongress nur zwölf überstimmen konnte, und er machte überdies 70 Gesetzesvorhaben des Parlaments zunichte, indem er die Vorlagen schlicht nicht unterzeichnete (*pocket veto*). 1951 konnte er es wagen, den populären General Douglas MacArthur vom Oberbefehl in Korea zu entbinden (womit er zugleich ein Exempel für den Vorrang der zivilen Gewalt vor dem Militär statuierte), und 1952 stellte er anlässlich eines Streiks kurzerhand die gesamte amerikanische Stahlindustrie unter Regierungsaufsicht (was der Oberste Gerichtshof allerdings anschließend für verfassungswidrig befand). Trumans Nachfolgern legte der Kongress kaum noch Steine in den Weg. Das Resultat war John F. Kennedys ehrgeiziges Programm der *New Frontier* und Lyndon B. Johnsons nicht minder ambitiöser Versuch in den 1960er Jahren, gewissermaßen als Vollendung des *New Deal* eine *Great Society* mit Wohlstand und Gerechtigkeit für alle Amerikaner zu schaffen. Ausfluss der «imperialen Präsidentschaft» war allerdings auch der Weg in den Vietnamkrieg. Für dessen Führung hatte der Kongress dem Präsidenten 1964 de facto eine Blankovollmacht gegeben, und unter Richard Nixon sollte der Militäreinsatz noch einmal deutlich eskalieren. Übersteigertes Machtbewusstsein und Missachtung der von der Verfassung errichteten Schranken machten schließlich den *Watergate*-Skandal möglich, der für Nixon mit dem erzwungenen Rücktritt und für einige seiner engsten Berater mit Gefängnisstrafen endete.



## Die Krise der Präsidentschaft

Anfang der 1970er Jahre begannen sich Gegenkräfte gegen die zunehmende Macht des Präsidenten zu formieren. Dies hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass die Grenzen des amerikanischen Einflusses in der Welt – etwa in der Kuba-Krise gegenüber der «Supermacht Sowjetunion», aber auch hinsichtlich der Abhängigkeit von Rohstoffimporten aus dem Nahen Osten – sichtbar wurden. Im eigenen Land hatten die Anti-Kriegsproteste und eine kritischere Haltung der Medien den Präsidenten zum Einlenken gezwungen; und 1973 unterstrich der Kongress durch die Verabschiedung des *War Powers Act* (über Nixons Veto hinweg) wieder sein Mitspracherecht in Fragen von Krieg und Frieden. Dass die Autorität des Präsidenten dann aber so rasch und vollständig zusammenbrach, lag an den *Watergate*-Enthüllungen, die eine Verschwörung im Weißen Haus zur Verhinderung der Wahrheitsfindung ans Licht brachten. Die «imperiale Präsidentschaft» hatte, so lautete der nahezu allgemeine Eindruck, unter dem Vorwand der Sorge um die «nationale Sicherheit» in einen Sumpf von Korruption und Amtsmissbrauch geführt.

Die Begriffe Vietnam und *Watergate* wurden zum Synonym für die Krise der amerikanischen Institutionen insgesamt, und Nixons Nachfolger Gerald Ford (1974–77) und Jimmy Carter (1977–81) bekamen den Legitimitäts- und Vertrauensverlust zu spüren, den die Krise dem Präsidentenamt zufügte. Zu den Vorkehrungen, mit denen der Kongress den Präsidenten im Gefolge des *Watergate*-Skandals besser «an die Leine nehmen» wollte, gehörten ein Haushaltsgesetz, das die parlamentarischen Prärogativen betonte, ein Wahlkampfgesetz, das die Geldspenden begrenzte und eine Ausgabenkontrolle vorsah, und der *Freedom of Information Act*, der den Zugang der Bürger zu geheimen Regierungsdokumenten erleichterte. Als die USA jedoch mit dem fluchtartigen Rückzug aus Indochina, zunehmender Isolierung in den Vereinten Nationen, kubanischen Interventionen in Afrika, der Revolution im Iran, einem neuen Boykott der OPEC, der Geiselnahme in Teheran und dem sowjetischen Einmarsch in Afghanistan innerhalb weniger Jahre eine ganze Serie außenpolitischer Demütigungen erfuhren, wurde nicht mehr länger über die «zu starke», sondern über eine zu sehr geschwächte, «gefährdete» (*imperiled*) Präsidentschaft Klage geführt.

Dem Republikaner Ronald Reagan schien es dann in den 1980er Jahren zu gelingen, nicht nur die ideologische und politische Führungsrolle der USA in der Welt zurückzuerobern, sondern auch dem Präsidentenamt den alten Glanz zu verleihen. Dabei halfen dem ehemaligen Schauspieler vor allem seine kommunikativen Fähigkeiten, mit denen er zur Überwindung des «Vi-

etnam-Traumas» beitrug. Im Sinne des neokonservativen Credo plädierte Reagan allerdings dafür, die Aufgaben der Bundesregierung zu vermindern, insbesondere die ihr seit dem *New Deal* zugewachsenen wirtschaftlichen Regulierungskompetenzen zu beschneiden und die Eigenverantwortlichkeit der Einzelstaaten zu stärken. Eine riskante Finanzpolitik und das institutionelle «Patt» zwischen dem Weißen Haus und dem von der Demokratischen Partei dominierten Kongress bewirkten steigende Haushaltsdefizite und Staatsschulden, was wiederum eine Debatte über den «Niedergang» der USA als Weltmacht auslöste. Reagans zweite Amtsperiode war von dem *Iran-Contra*-Skandal überschattet, der in seiner verfassungsrechtlichen Dimension durchaus mit *Watergate* vergleichbar ist und zum *Impeachment* des Präsidenten hätte führen können, wenn nicht der erfolgreiche Ausgang des Kalten Krieges und das Ende der Regierungszeit des «großen Kommunikators» absehbar gewesen wären.

Das White House Office war von Beginn an eine politische Behörde, und im Laufe der Zeit ist seine Anfälligkeit für interne Rivalitäten und Gefälligkeitswirtschaft zunehmend größer geworden. Mitverantwortlich dafür sind die gutgemeinten Reformen im Nominierungs- und Wahlverfahren des Präsidenten seit Ende der 1960er Jahre. Diese erleichterten die Partizipation der Bürger auf lokaler und regionaler Ebene, führten aber dazu, dass der Kandidat bzw. Präsident unabhängiger von den Parteien und abhängiger von privaten Aktionskomitees und anderen Interessengruppen wurde, die sich für seine Wahl einsetzen. Denn üblicherweise rekrutiert der siegreiche Bewerber dann aus dem Team der Wahlkampfunterstützer den größten Teil seines Berater- und Mitarbeiterstabes für das Weiße Haus.

Die Krise der Präsidentschaft, die in der Endphase der Reagan-Administration wieder offen aufbrach, konnte auch von George H. Bush (1989–93) nicht überwunden werden. Seine außenpolitischen Erfolge im Krieg gegen den Irak, im israelisch-arabischen Friedensprozess, bei der Wiedervereinigung Deutschlands und im Verhältnis zur Sowjetunion wurden durch mangelnde Initiative und Immobilität (*gridlock*) in der Innenpolitik aufgewogen. Wirtschaftliche Schwierigkeiten und Zweifel an Bushs innenpolitischer Kompetenz ließen die Autorität des Präsidenten, die im Frühjahr 1991 fast unangreifbar schien, überraschend schnell verfallen. Da der Präsident matt und konzeptionslos wirkte, gestanden ihm die Wähler keine zweite Amtszeit zu, sondern entschieden sich für den jugendlichen Gouverneur von Arkansas, William Jefferson («Bill») Clinton (1993–2001). Clinton trat als innenpolitischer Reformator an, aber nachdem das Kernstück seines Programms, die Einführung einer allgemeinen Krankenversicherung, gescheitert war, demons-

trierte er durch sein militärisches Engagement im Bosnienkonflikt Entschlossenheit und Stärke, wodurch er Statur gewann und seine Chancen zur Wiederwahl verbesserte. Ähnlich wie in der Zeit des Kalten Krieges vermied es der Kongress – unabhängig von den parteilichen Mehrheitsverhältnissen –, den Präsidenten zu bremsen, als er 20 000 US-Soldaten nach Bosnien entsandte. Clinton profitierte in seinen beiden Amtszeiten darüber hinaus von Faktoren, auf die er kaum Einfluss hatte, die ihm aber zugutegehalten wurden: Ein kräftiges Wachstum der Wirtschaft, eine geringe Inflationsrate und niedrige Zinsen trugen zu einem günstigen Konsumklima bei und führten zur Erwirtschaftung eines Überschusses. In der Folge gestand der Kongress dem Präsidenten 1996 das sogenannte *Line-Item-Veto* zu, eine Befugnis, die US-amerikanische Präsidenten seit dem 19. Jahrhundert für sich gefordert hatten und mit deren Hilfe der Präsident den ihm vorgelegten Haushalt nicht pauschal annehmen oder ablehnen musste, sondern einzelne Positionen, die ihm unnötig oder zu kostspielig zu sein schienen, zurückweisen konnte. Allerdings erklärte der Oberste Gerichtshof bereits 1998 das Veto, über das im 21. Jahrhundert lediglich die Staatschefs von Panama und Brasilien verfügen, für verfassungswidrig. Im gleichen Jahr strengte der Kongress – infolge eines Meineids in der «Sex-Affäre» von Bill Clinton mit der Praktikantin Monica Lewinsky – zum zweiten Mal in der US-amerikanischen Geschichte ein Amtsenthebungsverfahren an. Die meisten Verfassungsrechtler waren sich darüber einig, dass Clintons Verfehlung nicht als «schweres Verbrechen und Vergehen» im Sinne der Verfassung gelten konnte. Die Gründe für das Verfahren, das der erstaunten Weltöffentlichkeit über fünf Monate hinweg das Schauspiel einer Nation bot, die sich geradezu masochistisch nur noch mit sich selbst beschäftigte, waren vielfältig: ehrliche Sorge um die Würde des Präsidentenamtes und die Integrität des Verfassungs- und Rechtssystems; moralische Entrüstung über einen Amtsinhaber, der ein uneingeschränktes Schuldbekenntnis vermied und sich stattdessen in juristische Spitzfindigkeiten flüchtete; sowie Enttäuschung darüber, dass der Präsident seiner Vorbildfunktion für die Bevölkerung nicht gerecht wurde. Am Ende scheiterte das Verfahren kläglich. Clinton überlebte das Verfahren nicht nur wegen des Beistands durch ein hochrangiges Anwaltsteam, sondern vor allem wegen des blinden Eifers seiner radikalen Gegner und der unerhört günstigen wirtschaftlichen Lage im Land. Clinton war (bis Barack Obama) der einzige demokratische Präsident der Nachkriegszeit, der über zwei Amtszeiten hinweg regierte. Dies lag zum einen daran, dass er sich als *New Democrat* in Richtung der politischen Mitte bewegte und Forderungen der Republikaner übernahm, anstatt den neokonservativen Trend der Ära Reagan-Bush zu beenden; zum zweiten

führte er Reagans Konzept des *governing through campaigning* (Regieren durch Agitieren) zur Vollendung.

Bei der Wahl von Clintons Amtsnachfolger George W. Bush (dem Sohn des 41. Präsidenten George H. W. Bush) traten gleich mehrere Schwächen der US-Demokratie zutage. Das Design der Wahlscheine überforderte insbesondere Neuwähler; und veraltete Zählmaschinen verursachten in mehreren Bundesstaaten eine hohe Fehlerquote. Da die von Bushs demokratischem Kontrahenten Al Gore veranlasste Auszählung von Stimmen in Florida nicht in der vorgeschriebenen Zeit abgeschlossen werden konnte, entschied am Ende der Oberste Gerichtshof, der seit 1970 fest in republikanischer Hand war (bis heute noch ist und auf absehbare Zeit bleiben wird), mit einer Mehrheit von 5:4 zugunsten des Republikaners Bush. Erst ein Jahr nach Auszählung aller Stimmen in Florida wurde bekannt, dass eine korrekte Auszählung Al Gore zum Wahlsieg verholfen hätte. Die (republikanischen) Befürworter des Prozesses hoben darauf ab, dass der Oberste Gerichtshof politisches Chaos vermieden habe. Kritiker sprachen dagegen von «irreparablen Schäden», die Gore und dessen Wählern entstanden waren, oder, noch deutlicher, vom «Diebstahl der Präsidentschaft». Nur eine hauchdünne Mehrheit von Amerikanerinnen und Amerikanern hielt Präsident George W. Bush im Sommer 2001 für eine effektive Führungspersönlichkeit. Hinter ihm konnte sich der vielleicht stärkste Vizepräsident der neueren amerikanischen Geschichte, Dick Cheney, zusammen mit anderen Kabinettsmitgliedern, zu einer Instanz aufbauen, die die Zügel der Politik fest in Händen hielt – nicht zuletzt in der propagandistischen Vorbereitung des Kriegs gegen den Irak ab 2002. Zuvor hatten allerdings die Terroranschläge vom 11. September 2001 das Image des Präsidenten gestärkt, da sie ihm Gelegenheit gaben, die politische Diskussion von der Innenpolitik nach außen umzulenken und die Bundesregierung in einem Ausmaß zu reorganisieren, wie es seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr geschehen war. Die Kriegserklärung vom 18. September 2001 – eine Reaktion auf die «heimtückische Gewalt», die Terroristen gegen die USA verübt hatten – ist die breiteste in der US-Geschichte, weil sie den Eintritt in einen globalen Krieg propagierte, der nicht klar definiert wurde. Die Kompetenzen des Präsidenten haben sich seither deutlich erweitert. Bereits im Oktober 2001 hatte das Parlament ein Patriotengesetz (*Patriot Act*) verabschiedet, das im Namen der nationalen Sicherheit die Überwachungsmöglichkeiten der Polizeiorgane und die Kompetenzen der Geheimdienste stärkte. Mit der Gründung eines Heimatschutzministeriums (Homeland Security Office) schuf Bush eine monumentale Institution mit 160 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (2020: 240 000), die 22 Bundesbehörden zusammenführte und über einen

jährlichen Haushalt von 36 Milliarden Dollar (2020: knapp 52 Milliarden) verfügte. In seiner Eigenschaft als Oberbefehlshaber autorisierte Bush 2001, zum ersten Mal seit Truman, die Einrichtung von Militärgerichten für ausländische Kriegsgefangene. In einem Gefängnis auf dem Marinestützpunkt Guantanamo Bay in Kuba wurden Gefangene unbefristet festgehalten; und «aus Gründen der nationalen Sicherheit» wurden Menschen interniert, selbst wenn sie kein Verbrechen begangen hatten und lediglich über «wichtige Informationen für ein kriminelles Vorhaben verfügten». Mit einer weitgehenden Überwachung von Telefonaten und E-Mail-Kontakten, mit der der Präsident die *National Security Agency* nach den Terroranschlägen vom 11. September beauftragt hatte (erst Ende 2005 wurde dies bekannt), verstieß dieser nicht nur gegen den *Foreign Intelligence Act* von 1978, sondern strenggenommen auch gegen den vierten Verfassungszusatz, der die Bürger der USA vor «willkürlicher Durchsuchung» ohne richterliche Anweisung schützte. Der Kongress gab dennoch den Telekom-Unternehmen Immunität und schützte sie damit vor Schadenersatzklagen von Bürgerrechtsorganisationen. Die Ermächtigung des Kriegspräsidenten ging so weit, dass Kriegsgefangene wie feindliche Kombattanten im Krieg behandelt werden durften.

Bushs Amtsnachfolger Barack Obama (2009–17) machte sich im Wahlkampf für einen «glaubhaften Wandel» (*change you can believe in*) stark. Am ersten Tag im Weißen Haus ließ er alle laufenden Verfahren gegen Häftlinge im Kriegsgefangenenlager Guantanamo Bay aussetzen und prüfen; wenige Tage danach verbot er der CIA das Foltern von Terrorverdächtigen, außerdem löste er die geheimen CIA-Gefängnisse in der Welt auf; aber bald zeigte sich, dass auch Obama das Verteidigungsrecht der USA sehr breit fasste und in Wirklichkeit noch erweiterte. Bush hatte die Entscheidungshoheit des Präsidenten in Sachen Krieg so gedeutet, dass damit selbst präventive Attacken gedeckt waren. Obama interpretierte den Artikel der US-Verfassung zur Verteidigung des Landes darüber hinaus auch als Basis, um «regionale Stabilität» zu garantieren und «internationale Normen durchzusetzen». Hatte Bush noch zahlreiche Terrorverdächtige in Gefängnisse verbracht und mit oft harschen Methoden (wie Waterboarding) verhört, so spielten in der Ära Obama tödliche Drohneneinsätze, die oft unschuldige Zivilisten trafen, eine bis dahin unerhörte Rolle. Damit einher ging eine sukzessive Verwandlung der CIA; diese hatte als Spionageorganisation des Kalten Krieges begonnen und verwandelte sich nunmehr in eine teilweise paramilitärische Organisation. Insgesamt setzt sich im 21. Jahrhundert die Tendenz durch, dass der Kongress dem Präsidenten das militärische Eingreifen in der Welt nahezu kritiklos überlässt, während sich die Befugnisse des Präsidenten in der Außenpolitik kontinuierlich

ausweiten. Im Innern steht der Präsident einem Kongress gegenüber, in dem sich die Parteien gegenseitig, wie selten zuvor in der US-Geschichte, blockieren. Einen historischen Höhepunkt erreichte dies im März 2016, als der republikanische Kongress die Nominierung von Merrick Garland verhinderte, der den verstorbenen Richter am Obersten Gerichtshof, Antonin Scalia, ersetzen sollte. Erst unter Obamas republikanischem Amtsnachfolger Trump wurde diese wichtige Position mit dem noch jungen konservativen Obersten Richter Neil Gorsuch besetzt.

Als die republikanische Kongressmehrheit Präsident Obamas Handlungsspielraum aus politischem Kalkül einschränkte, indem sie dessen progressive Initiativen (im Bereich Gesundheitsreform, Umweltschutz, Einwanderungsreform, Arbeitsgesetzgebung, Finanzreform und LGBT-Gemeinschaft) systematisch blockierte, reagierte Obama, indem er von seinen Befugnissen als Präsident gegen Ende seiner Amtszeit exzessiven Gebrauch machte. Diese Strategie hat den Demokraten allerdings wenig gebracht, da Obamas Amtsnachfolger Trump nahezu alle Direktiven unmittelbar nach Amtsantritt wieder rückgängig machte. Schwer wiegt, dass der Präsident mit seinem unilateralen Regieren einen Präzedenzfall geschaffen hat, der der Demokratie auf längere Sicht schaden könnte.

Mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten im November 2016 traten weitere strukturelle Probleme und Schwächen des amerikanischen Wahlsystems ans Licht: Donald Trump gewann auf Grund des indirekten Verfahrens zwar die Mehrheit der Elektorenstimmen, lag aber mit 2,7 Millionen Stimmen hinter seiner Opponentin Hillary Clinton zurück. Die Präsidentschaftskandidaten der Demokraten haben in sieben der letzten zehn Präsidentschaftswahlen die Stimmenmehrheit (*popular vote*) erreicht, trotzdem aber, im Falle von George W. Bush und Donald Trump, nicht den Präsidenten gestellt, weil diese weniger Elektorenstimmen erhielten. Einer der Gründe für den Erfolg liegt im sogenannten *gerrymandering*, den parteiischen Wahlkreisschiebungen, die den Republikanern im 21. Jahrhundert große Vorteile eingebracht haben. Der Begriff «gerrymander» existierte zwar schon im 18. Jahrhundert, aber im Zeitalter der Computertechnologie und der großen Parteispenden hat die Manipulation eine völlig neue Stufe erreicht und die Wahlkreisgrenzen auf lange Sicht zugunsten der Republikaner verschoben. Präsident Donald Trump, der, ohne jeden Anhaltspunkt, kurz nach der Wahl im Jahr 2016 behauptete, Millionen von Stimmen für ihn seien nicht ausgezählt worden, ließ unmittelbar nach Amtsantritt eine von Vizepräsident Mike Pence geleitete Wahlkommission einrichten, die Probleme der Wahl aufdecken sollte, am Ende aber ihre Arbeit ohne nennenswerte Ergebnisse einstellen musste.

Manipulationen gab es bei den Wahlen von 2016 und 2020 auch im Rahmen eines nie zuvor dagewesenen Einsatzes von sozialen Netzwerken. Wenigstens 4,5 Millionen Twitter-Followers von Trump waren im Wahlkampf 2016 gar nicht echt. Bei vielen von ihnen handelte es sich um sogenannte Bots, d. h. Programme, die sich wie Nutzer verhalten, aber de facto computer-gesteuert, von Fake-Accounts aus geschaltet sind. Sie produzierten eigenständig Inhalte und sorgten für die Verbreitung von Trump-Parolen im Internet. Mit den Manipulationen von innen gingen auch Manipulationen von außen einher. Im Laufe des Jahres 2017 stellte sich mitunter heraus, dass sich russische Akteure, unter anderem über Facebook, in den Wahlkampf zugunsten von Trump eingeschaltet hatten.

Neue Höhepunkte erreichten die gezielten Desinformationen in den Jahren 2020 und 2024. Jeweils mehrere Monate vor der Wahl verbreitete die Kampagne des republikanischen Kandidaten die Parole, es drohe ein massiver Wahlbetrug durch die Demokraten. Obwohl Joe Biden im Jahr 2020 einen klaren Wahlsieg davontrug – über 81 Millionen Stimmen entfielen auf Biden im Gegensatz zu nur 74 Millionen für Trump – ließ Trump systematisch Falschmeldungen über seinen angeblichen Wahlsieg verbreiten. Dabei inszenierte er sich einerseits als politischer Heiland, andererseits als Opfer einer Verschwörung geheimer Mächte. In einer Klagewelle auf nationaler und bundesstaatlicher Ebene versuchten Trumps Anwälte bis zuletzt, das korrekte Wahlergebnis über Gerichte auszuhebeln. Diese wiesen die unbelegten und häufig absurden Behauptungen über Wahlmanipulationen jedoch rasch zurück. In einem letzten Versuch, die Macht gegen den Willen der Wählerinnen und Wähler zu behalten, stiftete der Präsident im Januar 2021 eine Versammlung seiner Fangemeinde in Washington dazu an, das Kapitol zu stürmen, um die formale Bestätigung von Präsident Joe Biden durch den US-Kongress doch noch zu verhindern. In der Folge strengten die Demokraten im Kongress ein Amtsenthebungsverfahren gegen Trump an. Trump war damit der einzige Präsident in der US-Geschichte, gegen den zwei Amtsenthebungsverfahren eingeleitet wurden. Bereits im Sommer 2016 waren Stimmen laut geworden, die eine Entfernung von Trump aus dem Präsidentenamt forderten, weil das Computersystem der Demokraten im laufenden Wahlkampf von russischen Hackern infiltriert worden war und die Spuren in Richtung von Trumps Wahlkampfteam deuteten. Das erste Amtsenthebungsverfahren startete formal im Mai 2017 und endete mit einem Freispruch im Februar 2020. Die Untersuchungen des *Special Counsel* Robert Mueller führten zwar den Nachweis, dass Trumps Wahlkampfteam im Ausland große Anstrengungen unternommen hatte, um das Ansehen von Trumps Gegenkandidatin Hillary

Clinton im Präsidentschaftsrennen zu beschmutzen, zahlreiche Personen aus Trumps Umfeld hatten offenkundig Kontakt mit der russischen Seite, aber für die persönliche Verwicklung von Trump fehlte es letztendlich an einem klaren Beweis. Auch dem 2021 angestregten Verfahren gegen Trump, diesmal wegen Anstiftung zum Aufruhr, war – so wie den früheren Prozessen gegen Bill Clinton und Andrew Johnson – kein Erfolg beschieden, zumal die verfassungsmäßigen Hürden für eine Amtsenthebung in den USA hoch sind. Richard Nixon trat von seinem Amt zurück, bevor ein Verfahren gegen ihn eröffnet werden konnte.

Mit Donald Trump war 2017 der erste Präsident ins Weiße Haus gekommen, der weder eine Position in der Politik noch als Offizier im Militär innegehabt hatte. Dass Trump kein Teil des politischen Establishments war, dürfte ihm die Gunst seiner unzufriedenen (überwiegend weißen, männlichen) Stammwähler eingebracht haben, denn eine zunehmend wütende Wählerschaft bevorzugte in den Wahlen von 2016 den Kandidaten, der sich bewusst vom politischen Washington distanzierte und als Außenseiter stilisierte. Dies hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass die Anerkennung der Washingtoner Politik im Laufe des 21. Jahrhunderts in weiten Teilen des Landes immer weiter abgesunken ist. So lag die Zustimmungquote (*job approval rating*) des Kongresses, Gallup-Umfragen zufolge, im Jahresschnitt 2017 bei 19, und Anfang 2024 erreichte sie ein Rekordtief von 12 Prozent. Daneben sank auch die Zustimmungquote der Präsidenten immer weiter. Im Januar 2021, beim Ausscheiden von Trump, lag die Quote bei etwa 34 Prozent und damit so niedrig wie bei keinem anderen Präsidenten am Ende der ersten Amtsperiode. Joe Bidens Zustimmung lag um die Wende zum Jahr 2025 bei etwa 37 Prozent. Gegen Ende der ersten Präsidentschaft von Trump hatten sich immer mehr Amerikanerinnen und Amerikaner vom zunehmend autokratischen Führungsstil eines Präsidenten abgestoßen gefühlt, dem es nicht nur an Affektkontrolle, sondern auch an einem grundlegenden Verständnis für das Funktionieren demokratischer Institutionen fehlte. Obwohl die Wirtschaftsdaten während der Amtszeit von Joe Biden eindeutig positive Entwicklungen zeigten, konnte Donald Trump punkten. Dies hatte zum Teil mit der inszenatorischen Finesse zu tun, mit der sich der ehemalige TV-Show-Entertainer als leidenschaftlicher Mann der Tat, und als nationaler Retter inszenierte – ein Milliardär, der sich, paradoxerweise, mit dem einfachen Mann im Hinterland solidarisierte.



## Weißes Haus und «Mrs. President»

Donald Trump hat sich einige Monate nach seinem ersten Amtsantritt despektierlich («It's a dump») über das Weiße Haus mit seinen mehr als 2000 Quadratmetern Wohnfläche geäußert. Fast ein Drittel seiner Präsidentschaft verbrachte Trump in einem seiner Luxushotels, vor allem im Mar-a-Lago Resort in Palm Beach, Florida. Seine Ehefrau, das aus Slowenien stammende Ex-Model Melania Trump, entschied sich während der ersten Monate von Trumps Amtszeit gegen das Scheinwerferlicht von Washington und lebte mit dem damals 10-jährigen Sohn Barron in einem 100-Millionen-Dollar-Penthouse im Trump Tower in New York City. Mit Ausnahme von George Washington lebten alle US-Präsidenten überwiegend im Weißen Haus, obwohl manche sich, ähnlich wie Trump, häufig auf ihre Landsitze oder Farmen zurückzogen. Washington legte zwar den Standort für das Weiße Haus fest und er billigte das Design des Gebäudes im georgianischen Stil, aber das Weiße Haus wurde erst nach seinem Tod, im Jahr 1800, bezugsfertig.

Im 19. und frühen 20. Jahrhundert verbrachten die US-Präsidenten einen Großteil ihrer Zeit im Oval Office des Weißen Hauses, zusammen mit ihrem kleinen Mitarbeiterstab. Wenig bekannt ist, dass der US-Präsident auch im US-Kapitol über ein Büro verfügt, und dass in den 1930er Jahren der überwiegende Teil der Mitarbeiter dort ihren Arbeitsplatz hatten. Exekutive und Legislative saßen damit räumlich eng nebeneinander. Mit der Ausweitung der Bürokratie unter Franklin Delano Roosevelt und der Gründung des *Executive Office of the President* wuchs die Zahl der Mitarbeiter rasch an. Im legendären *West Wing* des Weißen Hauses, dem die gleichnamige, populäre US-Fernsehserie (Erstausstrahlung 1999–2006) gewidmet ist, war anfangs ein großer Teil des Exekutivstabs (*executive staff*) untergebracht. Zahlreiche Büros befinden sich aber auch im Untergeschoss des Weißen Hauses sowie im Eisenhower Executive Office Building unmittelbar neben dem Weißen Haus. Die Überbelegung der Büros bewegte Präsident Nixon dazu, das Schwimmbad des Weißen Hauses in eine Pressestelle umzuwandeln. Mit wenigen Ausnahmen nimmt der Präsident die Besetzung des *White House apparatus* selbst vor. Anders als bei den Kabinettsposten werden die Bestellungen weder vom Senat veranlasst, noch sind die Mitarbeiter dem Kongress gegenüber zur Verantwortung verpflichtet. Die Verfassungsväter hätten sich nicht in Ansätzen vorstellen können, dass das Büro des Präsidenten eines Tages über 28 Unterabteilungen und Tausende von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verfügen würde. Ein bürokratischer Apparat und ein großer Beraterstab sind im 21. Jahrhun-

dert unentbehrlich geworden. Die vielen Ämter und Behörden aber wirklich in den Griff zu bekommen und die Loyalität ihrer Mitarbeiter zu gewinnen, hat sich seit den Reformen der 1930er Jahre als sehr schwer erwiesen. Besonders problematisch ist die Politisierung des Stabes im Weißen Haus, der – bei Donald Trump mehr als bei allen seinen Vorgängern – Wahlkampf- mit Regierungsaufgaben verquickt und bei jedem Präsidentenwechsel neu eingearbeitet werden muss.

Im Ostflügel des Weißen Hauses befindet sich das 1977 eingerichtete *Office of the First Lady*, das formal dem Präsidentenbüro untersteht und über 24 Mitarbeiterinnen verfügt. Ohne die Präsenz der First Lady, die mit «Mrs. President» angeredet wird, ist das Amt des amerikanischen Präsidenten kaum denkbar. Nur zwei der 47 Präsidenten von George Washington bis Donald Trump waren Junggesellen, zwei weitere wurden als Witwer ins Amt gewählt. Trotz etlicher Affären und Treulosigkeiten von US-Präsidenten kam es nicht ein einziges Mal zur Scheidung eines amtierenden Präsidenten. Vielmehr versuchten die Präsidentengattinnen, der Öffentlichkeit ein möglichst harmonisches Bild von der «First Family» zu übermitteln. Im Falle von Donald Trump hatte anfangs dessen Tochter Ivanka zusammen mit ihrem Ehemann – beide fungierten als einflussreiche Berater Trumps im Weißen Haus – die klassischen Aufgaben der First Lady übernommen.

Im Laufe der mehr als 200-jährigen Geschichte der Vereinigten Staaten wandelte sich die Institution der First Lady von der «Gastgeberin der Nation», die die traditionelle Rolle der Hausfrau und Mutter ausübte und zu diesem Zweck eine beträchtliche Zahl von Sklaven, Hausmädchen und Butlern kommandierte, zu einem eigenständigen Amt mit einem wachsenden Stab professioneller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Die Ehefrau Theodore Roosevelts, Edith Roosevelt, kann mit einiger Berechtigung als erste «moderne» First Lady bezeichnet werden. Mit Unterstützung der ersten Sekretärin in der Geschichte der «First Ladyship» erledigte Edith Roosevelt nicht nur die anfallende Korrespondenz. Durch eine geschickte Pressepolitik kanalisierte und befriedete sie auch den Informationshunger der Reporter und der Öffentlichkeit. Mit Präsident Wilsons erster Frau, Ellen Wilson, mit Lou Hoover und mit Eleanor Roosevelt traten dann nacheinander drei First Ladys auf den Plan, die es verstanden, ihr Amt konsequent zur politischen Einflussnahme zu nutzen. Ellen Wilson setzte sich für die Verbesserung der Wohnverhältnisse in den Slums von Washington D. C. ein; Lou Hoover kämpfte für Chancengleichheit von Männern und Frauen; und Eleanor Roosevelt, die sich bereits vor dem Einzug ins Weiße Haus als Politikerin und Journalistin engagiert hatte, setzte sich in unzähligen Reden, Radioansprachen und Zeitungsarti-

keln für das Ende der Rassendiskriminierung und für mehr soziale Gerechtigkeit in den USA ein. Zu einer weiteren Ausweitung der Machtfülle der First Lady kam es im Präsidentschaftswahlkampf von 1964. Damals ging Lady Bird Johnson als erste First Lady ohne ihren Ehemann auf Stimmenfang durch die Südstaaten. Einen vorläufigen Höhepunkt erreichte die politische Rolle der First Lady mit Hillary Clinton. Schon im Wahlkampf hatte Bill Clinton versprochen, dass jede Stimme für ihn auch eine Stimme für Hillary sei. Hillary Clinton übernahm als erste First Lady die Federführung eines prominenten Wahlversprechens, der Reform des Krankenversicherungswesens, mit der sie allerdings gescheitert ist. Michelle Obama wurde als erste afroamerikanische First Lady zum Vorbild für Millionen von Frauen, zu einer populären First Lady und – mit dem Gemüsegarten auf dem Gelände des Weißen Hauses – zur Botschafterin für eine gesunde Ernährung. Da der US-Präsident nicht nur Regierungschef ist (wie etwa die deutsche Kanzlerin), sondern zugleich Staatsoberhaupt (wie der deutsche Bundespräsident), wird die First Lady in hohem Maße als oberste Repräsentantin der Nation in die Pflicht genommen, so zum Beispiel, wenn der Präsident durch Regierungsgeschäfte verhindert ist oder eine Vertretung durch die First Lady – etwa bei Beerdigungen ausländischer Staatsoberhäupter – besonders statthaft erscheint.

### **Die Größe eines Präsidenten, Medien und Öffentlichkeit**

Keine andere Nation ist von der Frage nach der komparativen «Größe» ihrer Staatsoberhäupter so besessen wie die USA. Das Land, dessen Verfassung keine Adelstitel zulässt, hat sich mit den Pantheons der Präsidenten seine eigene Aristokratie geschaffen. Nirgendwo ist dies sinnfälliger als in den Bergformationen von Mount Rushmore in den Black Hills von South Dakota. Dort vereint Amerikas größtes Naturdenkmal seit 1941 die Köpfe von George Washington, Thomas Jefferson, Theodore Roosevelt und Abraham Lincoln. Etwa 20 Meter hoch ist jeder der Köpfe und damit mehr als sieben Mal so groß wie der Kopf der Freiheitsstatue. Auch auf der Mall in Washington sind die Monumente «großer Präsidenten» zu nationalen Pilgerstätten geworden. Im Zentrum der Mall ist dem ersten Präsidenten der USA, George Washington, nach dem die Bundeshauptstadt benannt wurde, der alles überragende Obelisk gewidmet. Ein weiteres frühes Monument wurde für Thomas Jefferson errichtet. Dessen Name steht für die Prinzipien der Unabhängigkeitserklärung, die Werte der repräsentativen Demokratie und die Fähigkeit eines je-

den Volkes, sich selbst zu regieren. Abraham Lincoln schließlich personifiziert die Einheit der Nation und – mit seinem Tod – das Opfer, das im Bürgerkrieg, dem großen Epos der amerikanischen Geschichte, von beiden Seiten für die nationale «Wiedergeburt» und die Beseitigung der Sklaverei gebracht werden musste.

Rankings, die es ursprünglich nur im Sport, aber seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert auch in anderen Bereichen (1895 erstmals für Buchhandels-Bestseller) gab, existieren für die US-Präsidenten seit 1948. Damals veröffentlichte Arthur Schlesinger Jr. im *Life Magazine* einen Aufsatz zur Bewertung der Präsidenten durch führende Historikerinnen und Historiker. Das Resultat zeigte, dass Lincoln, Washington, Franklin Roosevelt, Wilson, Jefferson und Jackson (in dieser Reihenfolge) der Gruppe der *Great Presidents* zuzurechnen sind. Zur Gruppe der nahezu großartigen (*near great*) gehörten Theodore Roosevelt, John Adams, Polk und Cleveland; als Versager (*failures*) galten unter anderem Grant und Harding. Was als informelle Umfrage begann, wurde bald zur Tradition. 1962 forderte die *New York Times* Schlesinger auf, eine zweite Umfrage durchzuführen, und seit den 1990er Jahren folgte eine Tabelle auf die andere. Heute werden nicht nur Fachwissenschaftler, sondern die gesamte US-Bevölkerung in viele der Umfragen einbezogen.

Bei keinem Präsidenten geht das Urteil zwischen Wissenschaftlern und der amerikanischen Öffentlichkeit so weit auseinander wie bei John F. Kennedy. Historiker und Politologen sehen Kennedy eher als durchschnittlichen Staatsmann. In einer Tabelle des Meinungsforschungsinstituts Gallup aus dem Jahr 2000, in der George Washington weit abgeschlagen ist, rangierte John F. Kennedy noch vor Abraham Lincoln auf Platz 1. Die Ermordung ließ den jugendlichen, dynamischen und eloquenten Präsidenten im Nachhinein in umso größerem Glanz, als Märtyrer und nationalen Helden, erstrahlen. Anders als seinem Amtsnachfolger Bill Clinton verziehen die pruden Amerikaner ihrem Liebling Kennedy sogar die sexuellen Eskapaden. Barack Obama galt den gegnerischen Republikanern auch noch ein Jahr nach dem Ende seiner Präsidentschaft als ausgesprochen schlechter Präsident; das Gesundheitsgesetz, das seinen Namen trägt (*Obamacare*), blieb für seine politischen Gegner ein Schimpfwort. Zehn führende Historikerinnen und Historiker, die zu Ende von Obamas Amtszeit ihr Urteil abgaben, sahen in ihm dagegen nahezu durchweg einen «großen Präsidenten». Im Kontrast dazu galt Donald Trump nicht nur den Experten, sondern auch der Bevölkerungsmehrheit als schlechter Präsident. Laut einer Umfrage des konservativen TV-Senders Fox News wurde Trump im Dezember 2020 von 42 Prozent der Befragten als einer der schlechtesten Präsidenten eingestuft, nur 22 Prozent hielten ihn für einen der größten.

Dass parteipolitische Präferenzen in den populären Meinungsumfragen gerade bei noch lebenden Präsidenten stark zum Tragen kommen, zeigt sich zum Beispiel darin, dass der Republikaner George W. Bush im Jahr 2005 von seinen Parteigenossen als sechstbester Präsident der amerikanischen Geschichte angesehen wurde, von den Demokraten dagegen als sechstschlechtester.

Zu seinen Lebzeiten wurde Abraham Lincoln selbst von Parteifreunden verspottet. Manchen galt er als «inkarnierter Witz», als «bedauernswerte» Figur, als «schrecklicher Esel» oder gar als «Ur-Gorilla». Auch Franklin Delano Roosevelt, der die Amerikaner aus der wirtschaftlichen Rezession holte und siegreich durch den Zweiten Weltkrieg führen sollte, trauten anfangs nur wenige Großes zu; vielen galt er eher als «netter Junge» denn als durchsetzungsfähiger Staatsmann. Aber 30 Jahre nach seinem Tod sahen ihn selbst konservative Wähler als einen «großen Präsidenten», und ein halbes Jahrhundert nach seinem Tod wurde für ihn, der ausdrücklich kein Monument für sich wünschte, auf der Mall in Washington eine spektakuläre Gedenkanlage mit Wasserspielen errichtet.

Gewonnene Kriege und siegreich überstandene Krisen machen allem Anschein nach «große Präsidenten». Ob Lincoln, Washington oder Franklin Roosevelt heute so angesehen wären, wenn sie im ausgehenden 19. Jahrhundert, in den 1920er, 1950er oder 1990er Jahren die Nation geführt hätten, darf bezweifelt werden. Neuere Forschungen, die auf den Rankings der «Präsidentenhistoriker» (*presidential historians*) im Fernsehsender C-Span basieren, legen die Vermutung nahe, dass «Skandale» und «Kriegsjahre» sich in der Bewertung einer Präsidentschaft seit dem Ende des Kalten Krieges nicht mehr so eindeutig negativ oder positiv auswirken wie früher. Militärisches Engagement hatte bis zur Ära Reagan in der Regel eine positive Bewertung zur Folge. Heute ist zwar die «Kultivierung von Frieden» nicht notwendigerweise ein Pluspunkt in der Einschätzung der Präsidenten, umgekehrt wirkt sich dieser Faktor nicht mehr automatisch negativ auf das Ranking der Präsidenten aus. Auch Skandale haben keine signifikante Auswirkung auf die Bewertung. Stattdessen spielt die wirtschaftliche Leistung der Präsidenten in neueren C-Span-Umfragen eine zunehmend ausschlaggebende Rolle.

Alle bisherigen Präsidenten – mit Ausnahme des 44. Präsidenten, Barack Obama – waren weiße Männer. Mit Hillary Clinton hatte sich im Jahr 2016 ein einziges Mal eine Frau als Kandidatin für die Präsidentschaft durchgesetzt; Geraldine Ferraro 1984 und Sarah Palin 2008 waren Vizepräsidenten-kandidatinnen, aber alle drei Bewerberinnen blieben in den jeweiligen Wahlen erfolglos. Erst mit Kamala Harris, die im Team mit Joe Biden antrat, ging der

Vizeposten im Jahr 2021 nicht an einen weißen Mann, sondern an eine Frau, deren Eltern übrigens aus Indien und Jamaika in die USA eingewandert waren. Bisher sind die meisten Präsidenten Anwälte gewesen, aber nicht weniger als elf – von Washington bis Eisenhower – haben es in einer militärischen Karriere bis zum General gebracht. Lediglich 17 Amtsinhaber wurden direkt nach ihrer ersten Amtszeit wiedergewählt (Franklin D. Roosevelt als Einziger dreimal) bzw. nach einer Pause noch einmal gewählt (Cleveland); vier weitere (Theodore Roosevelt, Calvin Coolidge, Harry S. Truman und Lyndon Johnson) gelangten als Vizepräsidenten ins höchste Amt und wurden bei der nächsten Wahl bestätigt; die Mehrzahl diente aber nur vier Jahre oder kürzer im Weißen Haus. Interessanterweise hatten Präsidenten seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs höhere Chancen, wiedergewählt zu werden: Seit 1945 war nur vier Präsidenten keine zweite Amtszeit beschert. Vier Präsidenten (William H. Harrison, Zachary Taylor, Warren G. Harding und Franklin D. Roosevelt) starben im Amt eines natürlichen Todes, der erste von ihnen bereits kurz nach seiner Inauguration; vier wurden während ihrer Amtszeit ermordet: Abraham Lincoln, James A. Garfield, William McKinley und John F. Kennedy; einer, Richard M. Nixon, trat zurück; und Joe Biden verzichtete wenige Monate vor den Wahlen auf eine erneute Kandidatur zugunsten seiner Vizepräsidentin Kamala Harris, da die Debatte über Alter und Fitness schwer auf der Wahlkampagne des 81-jährigen Präsidenten lastete. Theodore Roosevelt, der als Vizepräsident ins Amt kam, als er dem ermordeten McKinley nachfolgte, war mit 42 Jahren der jüngste Präsident. Die Ehre, der jüngste *gewählte* Präsident zu sein, kommt allerdings dem 43-jährigen John F. Kennedy zu, während Joe Biden mit 78 Jahren als ältester Präsident inauguriert wurde. Der 1924 geborene Jimmy Carter (1924–2024) hat mit 100 Jahren das höchste Alter erreicht. Damit hat er den zweiten Präsidenten der Vereinigten Staaten, John Adams, übertroffen, der in seinem 91. Lebensjahr starb. Besonders bemerkenswert ist, dass Adams' Tod sich zeitgleich mit dem des dritten Präsidenten, Thomas Jefferson, am 4. Juli 1826, ereignete – auf den Tag genau fünfzig Jahre nachdem beide Männer die Unabhängigkeitserklärung unterzeichnet hatten. Seit den Präsidentschaftswahlen von 1856, als sich das heutige Parteiensystem etablierte, gab es ausschließlich nur republikanische und demokratische Präsidenten. Kein Kandidat einer dritten Partei konnte sich je durchsetzen, doch Eugene V. Debs (Socialist Party, 1912), Theodore Roosevelt (Progressive Party, 1912), Robert M. La Follette (Progressive Party, 1924), George C. Wallace (American Independent Party, 1968) und Ross Perot (Unabhängiger, 1992) errangen Achtungserfolge.

Das Verhältnis zwischen Präsident und Kongress hat sich seit George

Washington immer wieder, wenn auch nicht prinzipiell, verändert. Die Ära Obama lehrte, dass der Kongress sich im 21. Jahrhundert stärker als in früheren Zeiten dazu ermächtigt sieht, ein effektives Regieren des Präsidenten zu verhindern, wenn die Partei des Präsidenten in einem Haus oder in beiden Häusern des Kongresses in der Minderheit ist. Nichtsdestotrotz haben fähige Präsidenten es immer wieder verstanden, durch Überzeugung oder Kompromisse Mehrheiten im Kongress für ihre Politik zu finden und politische Initiativen der Parlamentarier abzuwehren.

Bedenklich ist die Neigung der amerikanischen Präsidenten, speziell in der Außenpolitik, am Kongress vorbei zu handeln. In neuerer Zeit hat die Macht der Exekutive gegenüber der Legislative fast stetig zugenommen. Das ist erstaunlich, wenn man bedenkt, dass der Präsidialbürokratie inzwischen ein Kongress gegenübersteht, der sich einen Stab von ca. 25 000 Mitarbeitern leistet und über einen Jahresetat von mehreren Milliarden verfügt. Dies lässt sich allenfalls dadurch erklären, dass sich Zusammenarbeit und Kompromissbildung durch die Aufsplitterung des Kongresses in viele kleine Gruppen zweifellos erschwert.

Ein grundsätzliches Dilemma, mit dem bereits die ersten Präsidenten zu kämpfen hatten, besteht darin, die Erwartungen der eigenen Anhänger zu erfüllen und gleichzeitig das Amt als Präsident aller Amerikanerinnen und Amerikaner auszuüben. Seit Jeffersons versöhnlichem Ausspruch: «Wir sind alle Republicans, wir sind alle Federalists» gehörten rituelle Beschwörungen der Gemeinsamkeit über alle Parteigrenzen hinweg fast durchweg zum rhetorischen Inventar der Inaugurationsreden. Von den 1830er Jahren an trat der Präsident immer offener als Parteimann oder sogar Parteiführer in Erscheinung, der das vom Parteikonvent abgeseignete Wahlprogramm, die *Plattform*, zu verwirklichen versuchte. Um erfolgreich zu sein, mussten die Präsidenten in der Vergangenheit stets eine möglichst breite Koalition von gesellschaftlichen Interessengruppen schmieden, und gelegentlich ist daraus sogar eine neue Partei hervorgegangen. Fast immer gelang eine solche Koalitionsbildung nur auf der Basis eines vagen Programms, das sich einen einprägsamen Slogan wie *New Freedom*, *New Deal*, *New Frontier* oder *Great Society* zunutze machte.

Spätestens mit den legendären Radioansprachen Franklin Delano Roosevelts am Kamin seines Arbeitszimmers (*fireside chats*), mit denen der Präsident seine physischen Einschränkungen überdeckte, lieferten die jeweils modernsten Medien-Werkzeuge dem Präsidenten einen Vorteil gegenüber den Mitgliedern der anderen Regierungszweige – Kongress und Oberster Gerichtshof – sowie gegenüber dem politischen Gegner. Die Zeitgenossen erkannten die revolutionäre Bedeutung der neuen Medien nur selten, aber im Rückblick

entsteht geradezu der Eindruck, dass jeweils derjenige Präsidentschaftskandidat erfolgreich war, der die modernen Medien am besten zu nutzen wusste. In den Debatten zwischen Kennedy und Nixon 1960 kam das Fernsehen dem jugendlichen Kennedy zur Hilfe; und der Schauspieler Ronald Reagan brachte die Übermittlung seiner politischen Mission über den Bildschirm zur Perfektion, was ihm den Beinamen «der große Kommunikator» eintrug. 2004 gelang dem Außenseiter im demokratischen Vorwahlkampf Howard Dean ein Achtungserfolg, indem er das Internet nutzte, um kleine Parteispenden einzuwerben. Obamas Wahlkampf wurde erstmals gezielt als Internetkampagne – mittels E-Mails, Online-Videos, Big Data und sozialen Medienwerkzeugen – geführt. Spenden gingen über Facebook ein, und Youtube-Videos – wie der Song «Yes We Can» und das Obama-Girl-Musikvideo der Schauspielerin Amber Lee Ettinger – begeisterten insbesondere die jüngere Generation für den Kandidaten Obama und für dessen Agenda. Kein anderes Medium hat unterdessen die Präsidentschaft stärker verändert als Twitter (bzw. X), das zur Signatur des Wahlkampfes und der Amtsführung des 45. Präsidenten wurde. Fast 60 000 Mal hat Donald Trump während seiner Präsidentschaft Kurznachrichten über Twitter veröffentlicht, nahezu 390 Millionen Mal wurden diese insgesamt geteilt. Anfang 2021 betrug die Zahl von Trumps Followern auf Twitter über 88,7 Millionen. Die hohe Zahl von Tweets und das impulsgeleitete schnelle Wechselspiel von Ablenkung und Sensationshascherei des Präsidenten erlaubten es der Presse kaum noch, fundiert zu reagieren, zu recherchieren und zu berichten. Hinzu kam, dass der Präsident die Mainstream-Medien immer wieder pauschal als parteiisch und als Verbreiter von *fake news* diskreditierte. Zwar haben sich auch in der Vergangenheit US-Präsidenten kritisch über die Medien geäußert. Aber mit der Präsidentschaft von Trump hat das Verhältnis zwischen Präsident und Presse, auch vom Ton her, eine neue Stufe erreicht: zum einen, weil der Präsident die Presse als «Volksfeind» (*enemy of the people*) bezeichnet hat; zum anderen, weil die emotionalen, häufig unreflektierten, zum Teil Gewalt verherrlichenden Twitterbotschaften (*suggestion violence tweets*) des Präsidenten live bei der Bevölkerung ankamen und dadurch unmittelbar Wirkung entfalteten.

Geld hat in den amerikanischen Wahlkämpfen seit der Mitte des 19. Jahrhunderts stets eine wichtige Rolle gespielt; genügend Wähler lassen sich aber heute wie damals nur mobilisieren, wenn der Kandidat oder die Kandidatin eine ideologische «Botschaft» vermittelt, die in erkennbarer Form auf spezifisch Amerikanisches, auf die ursprünglichen Traditionen und Tugenden bzw. den *American Dream* Bezug nimmt. In diesem Bereich lag auch der Schlüssel für die Ausweitung der Unterstützung vom Partei- und Wähleranhang auf die



Masse der Bevölkerung: Im Laufe der Geschichte ist der Präsident zum bevorzugten Verkünder der amerikanischen *civil religion* geworden, einer säkularisierten bürgerlichen Religion, deren Symbole, Rituale und Glaubenssätze einen ganz wesentlichen Beitrag zum Zusammenhalt der Nation geleistet haben. Schon die Amtseinführung mit der Vereidigung auf die Verfassung, der Inaugurationsrede und der Inaugurationsparade ist ein wichtiger Akt der *civil religion*. Die Inaugurationszeremonien eröffnen jedem Präsidenten, der hierfür eine Ader hat, Möglichkeiten der vertieften Kommunikation mit der Bevölkerung. Mehrere Präsidenten haben diese quasi-religiöse Dimension des öffentlichen Lebens als Quelle der wechselseitigen Inspiration genutzt, ohne die Schwelle zur Blasphemie oder Lächerlichkeit zu überschreiten. Im positiven Sinne können Vorstellungen der amerikanischen Zivilreligion die Grundlage eines «Universalismus» bilden, der die amerikanischen Erfahrungen im Lichte allgemeingültiger Wahrheiten zu verstehen sucht; sie können aber auch zur Vergötzung der Nation missbraucht werden. Während die meisten Präsidenten in ihren Antrittsreden auf Polarisierungen und subtile Polemiken verzichtet haben und sich in überparteilicher Rhetorik übten, markierte die Rede des 45. Präsidenten, die im Wahlkampf von 2024 nachklang, eine bemerkenswerte Abweichung. Trump beschwor nicht die Einheit und historische Größe der Nation, sondern die Trostlosigkeit der Gegenwart, aus der nur eine radikale Neuordnung und eine große patriotische Bewegung (unter seiner Führung) heraushelfen könnten. Mit glühenden Versprechen und der Formel «*America First*» verschrieb er sich einer populistischen Variante des Nationalismus, die in den USA zwar Tradition hat (etwa als Schlachtruf der Isolationisten von 1941), aber in ihrer antipluralistischen Ausrichtung ein Novum darstellte.

Mit ihren 346 Millionen Menschen Anfang 2024 bietet die amerikanische Gesellschaft heute ein zunehmend unübersichtliches Bild der interessenmäßigen, kulturellen und regionalen Fragmentierung. Immer stärker wirken sich kulturelle Präferenzen und subjektive Wahrnehmungen auf die Beurteilung von Politikern und auf deren Wahlchancen aus. Dass die kurz vor der Wahl von 2024 nominierte demokratische Präsidentschaftskandidatin Kamala Harris, trotz der insgesamt positiven wirtschaftlichen Entwicklung während der Präsidentschaft von Joe Biden (mit Harris als Vizepräsidentin), die Wahlen verlor, hatte wenig mit ökonomischen Kernindikatoren wie Wachstum, Beschäftigung und Inflation zu tun. Wahlentscheidend dürften gefühlte Faktoren gewesen sein: die von den Republikanern behauptete Überfremdung durch illegale Einwanderung, die Ressentiments gegenüber einer Frau als Präsidentin und die Angst vor dem Verlust von Wohlstand, die freilich bei ein-

kommensschwachen Haushalten durchaus berechtigt war. Arabischstämmige, junge und linke Wählerschichten gaben überdies ihrer Frustration über die Unterstützung der extremen Militäroperationen Israels durch die Biden-Administration Ausdruck und entschieden sich am Ende, ihre Stimme nicht der demokratischen Kandidatin zu geben.

Das Präsidentenamt und die einzelnen Präsidenten sind im 21. Jahrhundert mit einer Fülle von Herausforderungen konfrontiert, die sich die Verfassungsväter in ihren verwegenen Phantasien nicht hätten vorstellen können. Die Konstruktion der amerikanischen Präsidentschaft und die ständige Neuinterpretation der Befugnisse des Präsidenten haben sich weitgehend bewährt. Und doch stellt sich heute mehr denn je die Frage, ob die Verfassung und deren Zusätze das Amt des Präsidenten noch adäquat definieren und seine Kompetenzen ausreichend begrenzen. Der Kult um den Präsidenten als obersten Kriegsherrn, dessen Monopol über Atomwaffen, der geheimdienstliche Apparat und die Bürokratien der Staatssicherheit, die dem Präsidenten unterstehen, haben den Regierungschef der USA de facto zu einer Instanz gemacht, die in der Welt ihresgleichen sucht. In dem Maße, in dem die Parteien im Kongress sich in unerhörter Weise blockieren und an Zustimmung in der Bevölkerung verlieren, kommt dem Präsidenten eine zunehmend große Rolle zu. Ohne Zweifel ist der Präsident im Laufe der letzten Jahrzehnte immer «imperialer», der Kongress dagegen handlungsunfähiger und unpopulärer geworden. Es ist zu fragen, ob das Prinzip der Gewaltenteilung noch funktioniert, wenn der Kongress der Exekutive in der Kriegführung völlig freie Hand lässt und etwa Präventivkriege stillschweigend als notwendiges Übel akzeptiert. Der seit 1941 andauernde «Ausnahmezustand Krieg» hat das vermeintlich Abnormale längst zur Normalität gemacht. Stellt sich das Weiße Haus nicht eindeutig außerhalb der US-Verfassung, wenn es das Töten eines amerikanischen Bürgers (wie Anwar al-Awlaki 2011 im Jemen) ohne Gerichtsverhandlung veranlasst? Hat der Präsident mit seinem gigantischen *Executive Office* nicht eine fundamentale Verschiebung der Macht in Richtung der Exekutive verursacht? Und verletzt das Weiße Haus durch die Kontrolle politischer Botschaften nicht längst das Recht auf freie Meinungsäußerung – etwa in der harten Verfolgung von Whistleblowern – Beamten, die Informationen an Journalisten weitergeben? Mehr denn je dreht sich im 21. Jahrhundert alles um den Präsidenten, der es sich – im Falle von Donald Trump – offenkundig sogar leisten konnte, der kritischen Presse offen feindselig entgegenzutreten und den Medienbetrieb mit volksnahen, simplen Twitterbotschaften zu umgehen. Aufs Ganze gesehen ergibt sich damit der Eindruck, dass es in den USA seit den 1930er Jahren nicht an raffinierten Ideen gefehlt hat, die Macht des Präsi-

denten zu erweitern, wohl aber an solchen, die diese einschränken könnten. Die Dynamik der Machtakkumulation lässt sich, wie es scheint, nicht ohne weiteres kontrollieren, zurückdrehen oder auch nur verlangsamen.

Die Geschichte der USA hat über mehr als zwei Jahrhunderte hinweg gezeigt, dass Größe, Mittelmäßigkeit und Scheitern eines Präsidenten sich letztlich daran bemessen, inwieweit ein Präsident im komplexen Beziehungsgeflecht der Gewalten das Macht- und Einflusspotential seines Amtes ausschöpft, ohne die Grenzen zu überschreiten, die ihm Geist und Buchstabe der Verfassung setzen. George Washington hatte «die Liebe zur Macht» einst als «die größte Gefahr für die Freiheit» bezeichnet. In der Person von Donald Trump und in dessen offener Verachtung für Regeln, Verfahren und Normen der amerikanischen Demokratie ist das Streben nach Macht besonders offen zutage getreten. Dass Trump von seiner Partei überhaupt nominiert wurde, zeigt aber auch, dass politische Entscheidungsträger und Medien weitreichende politische und strukturelle Veränderungen, die die Stabilität und Funktionsfähigkeit der demokratischen Institutionen gefährden, stillschweigend hingenommen haben. Gründe dafür liegen in der schwer zu kontrollierenden Rolle der künstlichen Intelligenz und sozialer Medien sowie in der zunehmenden Polarisierung der Gesellschaft, die Vertreterinnen und Vertreter beider Parteien dazu veranlasst hat, bestehende Regeln und Normen bis an ihre Grenzen auszureizen, um angesichts der kurzen Amtszeiten möglichst schnell und viel zu verändern. In diesem Zusammenhang wurden neue Institutionen, Ministerien und neue Wahlregeln geschaffen und auch eine deutlich erhöhte Staatsverschuldung akzeptiert.

Die vielleicht größte Gefahr für die amerikanische Demokratie geht heute aber womöglich nicht von der gestärkten Rolle des Präsidenten, sondern von der enormen Macht von wenigen Superreichen aus, zumal wenn sie, wie der reichste Mann der Welt, der Medienmogul Elon Musk, den Schulterschluss mit der Politik suchen. Musk hat den Wahlkampf von Donald Trump nachhaltig beeinflusst. Seine Social-Media-Präsenz (mit 200 Millionen Followern) und die Fähigkeit, als Inhaber von X den Algorithmus seiner Plattform zu steuern, stellt den Medieneinfluss der gewählten Vertreter bei Weitem in den Schatten. Die enge Verbindung von Trump und Musk – beide huldigen einem Männlichkeitskult, liebäugeln mit autoritären Machtstrukturen, zeigen offen Interesse an der Destabilisierung liberaler Demokratien und haben eine fragwürdige Vorstellung von Meinungsfreiheit – ist Ausdruck einer Entwicklung, die die demokratischen Grundlagen der USA zunehmend erodieren lässt. Die manipulative Verwendung von künstlicher Intelligenz und der in den USA weitgehend ungebremste Kapitalismus, der immer mehr Amerika-

nerinnen und Amerikanern die Teilhabe am gemeinschaftlichen Wohlstand verwehrt, führt zunehmend zur gefühlten Ohnmacht, zur Anfälligkeit für Autoritarismus und letztendlich zur Entmündigung der Bevölkerung, nahezu unabhängig davon, wer im Weißen Haus residiert.

---

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: [www.chbeck.de](http://www.chbeck.de)